



INTERNATIONALE HILFE

Herausforderungen und Perspektiven

Ein Positionspapier der Caritas Österreich
August 2008

Caritas | AUSLANDSHILFE
INTERNATIONAL
COOPERATION

Inhaltsverzeichnis

1. CARITAS UND DIE ARBEIT FÜR ENTWICKLUNG	6
2. HERAUSFORDERUNGEN	8
3. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: DIE HÄUFIGSTEN VORURTEILE	11
4. ECKPFEILER FÜR WIRKSAME ARMUTSBEKÄMPFUNG	19
4.1. Good Governance als Grundbedingung für Armutsbekämpfung	19
4.2. Ohne lebendige Zivilgesellschaft keine umfassende Entwicklung	20
4.3. Gerechte Wirtschaftsbeziehungen als wesentlicher Faktor	20
4.4. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit	22
5. WEGWEISER	23
5.1. Die Millennium-Entwicklungsziele	23
5.2. Die nationalen Strategien zur Armutsbekämpfung	25
5.3. Die Pariser Erklärung	25
6. DIE ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT IN DER EZA	29
7. FINANZIERUNG VON ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	33
7.1. Das 0,7%-Ziel	33
7.2. Der EU-Stufenplan	33
7.3. Die Bedeutung der öffentlichen EZA für die Entwicklungsfinanzierung	34
7.4. Die Regierungen liegen weit hinter ihren Versprechen	34
7.5. Zusätzliche Finanzierungsquellen	36
8. WO UND WIE WIRD HILFE GELEISTET	37
8.1. UN-Erfassung der Länder	37
8.2. UN-Index für menschliche Entwicklung	37
8.3. Afrika und die Least Developed Countries	38
8.3.1. Internationale Zielsetzungen	38
8.3.2. Bestandsaufnahme	39
8.4. Ein Großteil der Hilfe bleibt in den „Geberländern“	40
8.4.1. Betreuung von Asylern	40
8.4.2. Indirekte Studienplatzkosten	40
8.4.3. Schuldenreduktionen	41
9. CARITAS-FORDERUNGEN	43



Caritas

**Helfen ist bei der
Caritas Programm.**

Acht Programme für Menschen
in Not bündeln das Know-how
und die Erfahrung der Caritas.

Vorwort

Über das „richtige“ Helfen

Als Jugendlicher war ich einen Monat in Brasilien. Begonnen habe ich meine Reise in den Armutsgeländen im Nordosten dieses riesigen Landes. Vorher habe ich mich natürlich auch mit Fragen der Entwicklungspolitik beschäftigt und ich hatte schon den Eindruck, auch einiges darüber zu wissen. Je länger ich aber in Brasilien blieb, desto stiller wurde ich. Nach der Gewissheit, die richtigen Rezepte parat zu haben, wurde ich immer ratloser. Zu vielschichtig, zu komplex war das, was ich erlebte. Zu unpassend und einfach erschienen mir die Antworten und Lösungen, auf die ich zu Hause gestoßen war.

Hilfsorganisationen und Helfende sind immer in der Gefahr, (vermeintlich) alles besser zu wissen. Statt Besserwisserei ist Respekt gefragt. Respekt und Hochachtung vor den Menschen, gerade wenn sie sich in Notsituationen befinden. Denn die „Besser-Wisser“ im guten Sinne sind die Betroffenen selbst: Sie wissen tatsächlich besser, was ihnen hilft, was in einer Krise nötig ist und sie haben auch das notwendige Können und die Talente, um das Wissen umzusetzen. Es fehlen ihnen die Mittel und auch die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen hindern sie daran, sich ihrem Wunsch und ihren Bedürfnissen entsprechend zu entwickeln.

Hilfsorganisationen begleiten, verstärken, ermöglichen – die Handelnden aber, das sind die Menschen vor Ort. Gerade deswegen ist es uns in unserer Arbeit wichtig, starke Partnerschaften mit den jeweiligen Caritasorganisationen vor Ort zu haben.

Im vorliegenden Positionspapier bezieht die Caritas Österreich Stellung zur Internationalen Hilfe, gibt einen Überblick über die eigene Arbeit und benennt ihre Forderungen an die politisch Verantwortlichen in diesem Bereich. Diese anwaltschaftliche Tätigkeit ist Frucht des täglichen Austauschs und konkreten gemeinsamen Tuns mit Menschen in Not in der ganzen Welt. Ihnen gilt unsere Achtung und unsere Anteilnahme. Respekt statt Besserwisserei – das passt auch gut zur Caritas. Denn der Name bedeutet ja so viel wie: „Hochachtung und Liebe“.



Christoph Petrik-Schweifer
Generalsekretär Internationale Programme/Caritas Österreich

1. EINLEITUNG

Da stand ein Gesetzeslehrer auf, und um Jesus auf die Probe zu stellen, fragte er ihn: Meister, was muss ich tun, um das ewige Leben zu gewinnen? Jesus sagte zu ihm: Was steht im Gesetz? Was liest du dort? Er antwortete: Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit ganzem Herzen und ganzer Seele, mit all deiner Kraft und all deinen Gedanken, und: Deinen Nächsten sollst Du lieben wie dich selbst. Jesus sagte zu ihm: Du hast richtig geantwortet. Handle danach und du wirst leben. Der Gesetzeslehrer wollte seine Frage rechtfertigen und sagte zu Jesus: Und wer ist mein Nächster? Darauf antwortete ihm Jesus:

Ein Mann ging von Jerusalem nach Jericho hinab und wurde von Räubern überfallen. Sie plünderten ihn aus und schlugen ihn nieder; dann gingen sie weg und ließen ihn halb tot liegen. Zufällig kam ein Priester denselben Weg herab; er sah ihn und ging weiter. Auch ein Levit kam zu der Stelle; er sah ihn und ging weiter. Dann kam ein Mann aus Samarien. Als er ihn sah, hatte er Mitleid, ging zu ihm hin, goss Öl und Wein auf seine Wunden und verband sie. Dann hob er ihn auf sein Reittier, brachte ihn zu einer Herberge und sorgte für ihn. Am anderen Morgen holte er zwei Denare hervor, gab sie dem Wirt und sagte: Sorge für ihn, und wenn du mehr für ihn brauchst, werde ich es dir bezahlen, wenn ich wiederkomme. Was meinst du: Wer von diesen dreien hat sich als der Nächste dessen erwiesen, der von den Räubern überfallen wurde? Der Gesetzeslehrer antwortete: Der, der barmherzig an ihm gehandelt hat. Da sagte Jesus zu ihm: Dann geh und handle genauso.“¹

Das Beispiel des barmherzigen Samariters gibt den Auftrag, in einer Notlage Nächstenliebe zu leben, konkret zu helfen, für jene zu sorgen, die sich (noch) nicht selbst helfen können. Menschen helfen, in Würde zu leben, ist der ureigenste Auftrag der Caritas. Er wurzelt in der Liebe Gottes zu den Menschen und in der Überzeugung, dass der Dienst an den Armen gleichzeitig eine Form des Gottesdienstes ist: „*Ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben.*“²

Weltweit leben fast eine Milliarde Menschen in Armut und Elend. Weltweit hungern 143 Millionen Kinder³. Der Katholischen Soziallehre zufolge ist heute Armut „die Frage, die mehr als jede andere an unser menschliches und christliches Gewissen appelliert.“⁴ Sie wirft ein dramatisches Gerechtigkeitsproblem auf, denn sie ist in ihren verschiedenen Formen und Auswirkungen von einem ungleichen Wachstum gekennzeichnet und anerkennt nicht jedem Menschen „das gleiche Recht“, „mit am Tisch des gemeinsamen Mahles zu sitzen.“⁵

Als Caritas können wir nicht eher ruhen, als bis dieser Skandal beseitigt ist. Das Engagement für Menschen in Not, auch außerhalb der Staatsgrenzen Österreichs, ist ein wesentliches Aufgabenfeld unserer Arbeit. Dieser Kampf gegen die Armut ist in besonderer Weise durch die vorrangige Option für die Armen motiviert. In der Enzyklika „Deus caritas est“ wird die karitative Arbeit als eine Kernaufgabe der Kirche bezeichnet: „Die karitativen Organisationen der Kirche stellen (...) ihr *opus proprium* dar, eine ihr ureigenste Aufgabe, in der sie nicht mitwirkend zur Seite steht, sondern als unmittelbar verantwortliches Subjekt selbst handelt und das tut, was ihrem Leben entspricht. Von der Übung der Liebestätigkeit als gemeinschaftlich übergeordnete Aktivität der Gläubigen

1 Lk 19, 25-37.

2 Mt, 25,35.

3 UN: Background Paper. Panel discussion for poverty and hunger. April 2008.

4 Johannes Paul II., Botschaft zur Feier des Weltfriedenstages 2000, 14: AAS 92 (2000), 366.

5 Johannes Paul II., Enz. Sollicitudo rei socialis, 33: AAS 80 (1988) 558.

kann die Kirche nie dispensiert werden, und es wird andererseits auch nie eine Situation geben, in der man der praktischen Nächstenliebe jedes einzelnen Christen nicht bedürfe, weil der Mensch über die Gerechtigkeit hinaus immer Liebe braucht und brauchen wird.“⁶

Die internationale Arbeit der Caritas ist von einem partnerschaftlichen Ansatz bestimmt: *„Partnerschaft ist eine Allianz, die Solidarität zwischen Mitgliedern der lokalen Kirchen schafft, die alle Frauen und Männer als Teil einer unabhängigen globalen Gemeinschaft anerkennt, und die sich zu sozialer Gerechtigkeit und zur vorrangigen Option für die Armen bekennt. Partnerschaft bedeutet eine langfristige Verpflichtung zu akkordierten Zielen, die auf gemeinsamen Werten, Strategien und gegenseitigen Informationen basieren. Diese Form der Zusammenarbeit ist charakterisiert durch ehrliches Feedback und gemeinsame Planung, Begleitung, Transparenz und Rechenschaftspflicht auf beiden Seiten, eine aufrichtige Offenheit und Sensibilität für die Bedürfnisse, Gefühle, Expertise, Erfahrung und Weisheit des/der anderen. Die Partnerschaft basiert auf gegenseitigem Respekt, Vertrauen und aufrichtigem Bemühen. Wirksame Partnerschaft führt zu Solidarität zwischen den Mitgliedsorganisationen, anderen Organisationen, die unsere Vision teilen, und den Gemeinschaften und Menschen, mit denen wir arbeiten. Das Ziel der Partnerschaft ist ein positiver Nutzen für jene Menschen, denen wir dienen.“*⁷

Die kirchliche Soziallehre weist darauf hin, dass „Entwicklung nicht nur ein Wunsch, sondern ein Recht ist.“⁸ „Die Zusammenarbeit für die Entwicklung des ganzen Menschen und jedes Menschen ist ja eine Pflicht aller gegenüber allen und muss zugleich den vier Teilen der Welt, Ost und West, Nord und Süd (...) gemeinsam sein.“⁹ Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit der internationalen Staatengemeinschaft gefordert: „Die politischen Gemeinschaften bedingen sich gegenseitig, und man kann sagen, dass jede sich selbst zu entwickeln vermag, indem sie zur Entwicklung der anderen beiträgt. Deshalb sind unter ihnen Verständigung und Zusammenarbeit notwendig.“¹⁰ Die internationale Staatengemeinschaft hat sich im Jahr 2000 mit der Unterzeichnung der Millenniumsdeklaration verpflichtet, einen starken Beitrag zur Reduktion von Armut, Hunger und Krankheit in der Welt zu leisten. 2007 wurden von den reichsten Industrienationen 103,65 Milliarden Dollar bereitgestellt.

In ihrer Vision zielt die Caritas auf eine umfassende menschliche Entwicklung ab, die das Leben „menschlicher in jeder Hinsicht“¹¹ macht – ein Leben, das ermöglicht, dass sich „die wahre Entwicklung voll und ganz erfüllt, die für den Einzelnen, die für die Völker der Weg von weniger menschlichen zu menschlicheren Lebensbedingungen ist.“¹² Diese „wahre Entwicklung“ ist Richtschnur für die Arbeit der Caritas¹³. Um sie für alle zu gewährleisten braucht es verstärkte Anstrengungen der Staatengemeinschaft, der internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft und ein ständiges Bemühen um mehr Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Wir dürfen nicht eher ruhen, als bis Hunger und Elend in der Welt beseitigt sind.

6 Benedikt XVI: Deus Caritas est (2006).

7 Übersetzung d. Autorin des Kapitels „What is Caritas Partnership“. Aus: Caritas Internationalis, „The Caritas Partnership, Guiding Principles“.

8 Paul VI., Enz. Populorum progressio, 22:AAS 59 (1967) 268.

9 Johannes Paul II., Enz. Sollicitudo rei socialis, 32:AAS 80 (1988) 556.

10 Johannes XXIII., Enz. Mater et magistra: AAS 53 (1961) 449.

11 Johannes Paul II., Redemptor Hominis, #15.

12 Paul VI. Enz. Populorum progressio, #20.

13 Vgl. Caritas Internationalis. Strategischer Plan 2007-2011.

2. HERAUSFORDERUNGEN

Die Caritas als Hilfsorganisation der katholischen Kirche ist weltweit in über 200 Ländern tätig. Tagtäglich arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der nationalen und diözesanen Caritasorganisationen daran, Menschen in Not ein Leben in Würde zu ermöglichen und die unzumutbaren Bedingungen, unter denen unzählige Frauen, Männer und Kinder in vielen Ländern der Welt leben müssen, zu verbessern. Dies geschieht im Rahmen von Katastrophenhilfe, langfristiger Programmarbeit und Anwaltschaft.

Millionen Menschen leben heute in Armut und Elend. In den im Jahr 2000 definierten Millennium-Entwicklungszielen wird die Halbierung der weltweit in absoluter Armut lebenden Menschen bis zum Jahr 2015 angestrebt, das heißt jener Menschen, die an Hunger leiden und die pro Tag umgerechnet weniger als einen Dollar zum Leben zur Verfügung haben. Armut hat viele Gesichter: Armut führt zu Hunger, Verzweiflung, fehlender Bildung, Missbrauch, Krankheit, Obdachlosigkeit und zu Tod.

- **Weltweit sind fast 854 Millionen Menschen chronisch unterernährt. Davon leben 96 % in sogenannten Entwicklungsländern.** 524 Millionen jener, die nicht genug zu essen haben, leben in Asien, 206,2 Millionen Menschen in Afrika südlich der Sahara, 52,2 Millionen in Lateinamerika, 37,6 Millionen im Nahen Osten und Nordafrika, 24,7 Millionen in den sogenannten Transformationsländern (ehem. Ostblock) und 9 Millionen in den westlichen Industrieländern.¹⁴ Durch die aktuelle Nahrungsmittelkrise benötigen weltweit 37 Länder, der Großteil davon in Afrika südlich der Sahara, externe Nahrungsmittelhilfe.¹⁵
- **19 % der Weltbevölkerung, ca. 980 Millionen Menschen, leben in absoluter Armut.** Während ein Österreicher oder eine Österreicherin durchschnittlich 48,9 USD¹⁶ pro Tag zum Leben zur Verfügung hat, muss fast jeder zweite Mensch in Afrika in den Ländern südlich der Sahara mit nicht einmal einem Dollar pro Tag überleben.¹⁷ Armut in den ärmsten Ländern der Welt bedeutet, dass der Ertrag des eigenen Feldes nicht ausreicht, um die Familie zu ernähren, oder es kein ausreichendes Einkommen gibt, um Unterkunft, Kleidung, Medikamente oder Schulgebühren zu zahlen. Fast einer Milliarde Menschen weltweit fehlt es an diesen lebensnotwendigen Existenzgrundlagen. Durch die enorme Steigerung der Preise für Grundnahrungsmittel hat sich ihre Situation Anfang 2008 dramatisch zugespitzt.
- **In den sogenannten Entwicklungsländern ist mehr als jedes vierte Kind unter fünf Jahren untergewichtig,** viele Kinder sogar in in lebensbedrohlichem Ausmaß. Südasien ist die am meisten betroffene Region, dort haben 42 % der Kinder nicht genug zum Essen. Bangladesch, Osttimor, Jemen, Indien und Niger sind weltweit jene fünf Länder mit dem höchsten Prozentsatz an hungernden Kindern.¹⁸

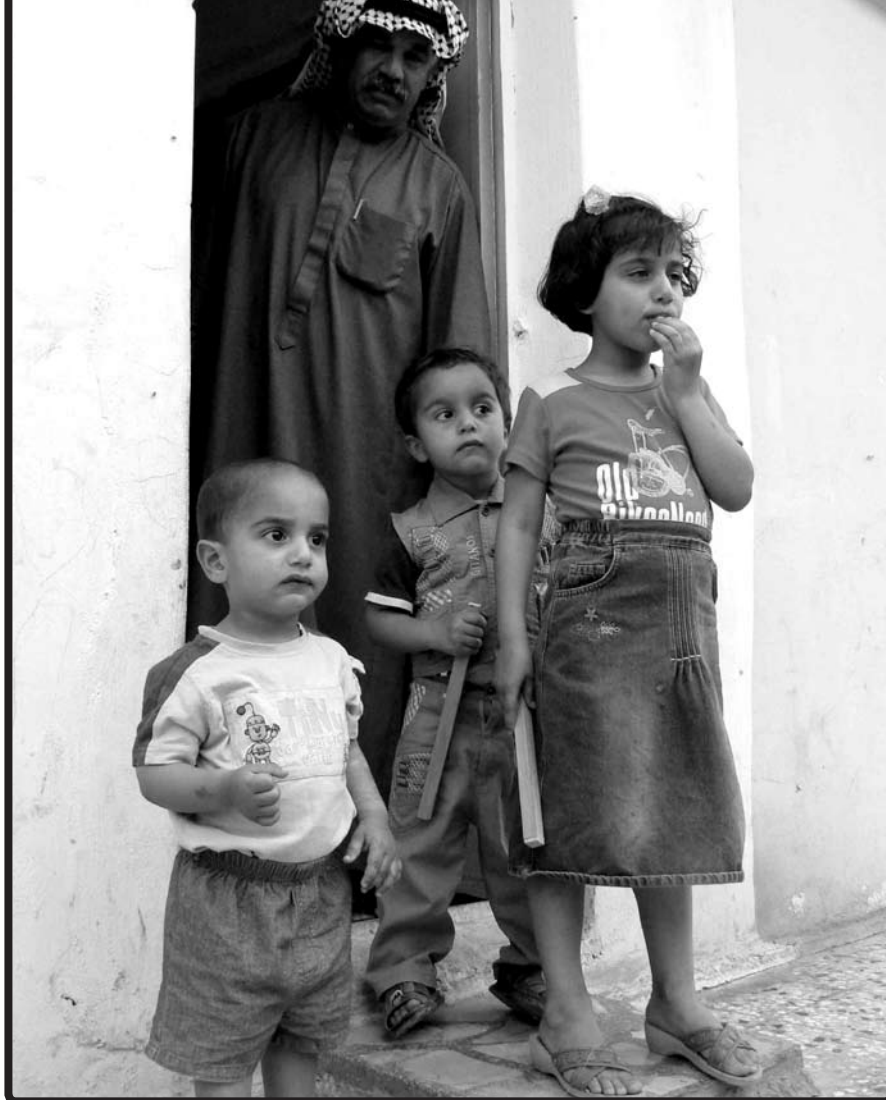
¹⁴ FAO „The State of Food Insecurity in the World“, 2006.

¹⁵ www.fao.org. Crops Prospects and Food Situation. 2008.

¹⁶ Einkommen. Armut und Lebensbedingungen. Studie Statistik Austria, 2008. S. 15.

¹⁷ United Nations (2007): The Millennium Development Goals Report 2007.

¹⁸ UNICEF: The State of World's Children. 2008.



Die Caritas hilft Menschen auf der Flucht. Weil diese niemanden mehr haben, auf den sie zählen können.

- **Menschen mit Behinderung sind von Armut am stärksten betroffen.** Sie haben die geringsten Chancen auf Bildung oder Einkommen. Weltweit wird die Zahl der Menschen mit Behinderung auf 650 Millionen geschätzt, der Großteil davon lebt in den sogenannten Entwicklungsländern. Schätzungen zufolge besuchen in den ärmsten Ländern der Welt nur 10 % der Kinder mit Behinderung die Schule.¹⁹ Nur ein geringer Anteil der Menschen mit Behinderung in den Entwicklungsländern hat Zugang zu Rehabilitations- und Fördermöglichkeiten. Durch die fehlende Bildung und die Behinderung haben sie keine Möglichkeit, alleine für ihren Lebensunterhalt aufzukommen und leben in extremer Armut und oft in lebenslanger Abhängigkeit von ihrem Umfeld.
- **Schätzungen zufolge gibt es derzeit weltweit 16 Millionen Flüchtlinge und 51 Millionen Binnenflüchtlinge (= Vertriebene im eigenen Land).**²⁰ Von diesen wurden 26 Millionen Menschen durch bewaffnete Konflikte vertrieben, weitere 25 Millionen durch Naturkatastrophen. Menschen auf der Flucht sind oft völlig mittellos und traumatisiert von dem, was sie erlebt haben. Viele haben Familienangehörige verloren und sehen sich auf der Flucht konfrontiert mit dem Widerstand der einheimischen Bevölkerung. Nach dem Konflikt kehren viele in ein völlig zerstörtes Land zurück und müssen ganz von vorne anfangen.

¹⁹ Vgl. www.un.org/disabilities. Factsheet on persons with disabilities. Abfrage 4.12.2007.

²⁰ Vgl. UNHCR. Global Trends 2007. Refugees, Asylum Seekers, Internally Displaced, Returnees, Stateless Persons. 2008.

- **Durchschnittlich bricht in den sogenannten Entwicklungsländern jedes fünfte Mädchen die Grundschule ab.** Das Einkommen von Frauen für gleichwertige Arbeit ist im Durchschnitt um 20 % geringer als jenes von Männern, in vielen Ländern haben Männer die alleinige Entscheidungsmacht über Haushaltsausgaben und weltweit leben heute geschätzte 130 Millionen Frauen als Opfer von Genitalverstümmelung.²¹ Fehlende Bildung und traditionelle Rollenbilder verwehren Frauen den Zugang zu eigenem Einkommen, halten sie von aktiver Mitgestaltung in der Gemeinschaft ab und machen sie zu Opfern von häuslicher Gewalt.

- **Täglich infizieren sich 6.800 Menschen neu mit dem HI-Virus und täglich sterben über 5.700 Menschen an Aids.** 2007 leben 33,2 Millionen Menschen mit dem HI-Virus, im selben Jahr infizierten sich 2,5 Millionen neu, etwa ein Fünftel davon sind Kinder unter 15 Jahren. 2007 sind 2,1 Millionen Menschen an Aids gestorben, 76 % davon in Ländern Afrikas südlich der Sahara. Aids bleibt damit die schlimmste Infektionskrankheit. In Osteuropa stieg die Zahl der Infizierten im Zeitraum von 2001–2007 um 150 % auf 1,6 Millionen an.²² Aids hat weltweit bereits 15,2 Millionen Kinder zu Waisen gemacht.²³ In Südafrika, wo Aids besonders verbreitet ist, hat die Seuche eine ganze Generation hinweggerafft. In tausenden „Kinderfamilien“ ist der „Haushaltsvorstand“ gerade einmal acht, neun oder zehn Jahre alt. Diese Kinder müssen ihre kleineren Geschwister versorgen, kochen, das Feld bestellen und können nicht zur Schule gehen.

- **1,1 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.** 2,6 Milliarden Menschen mangelt es an entsprechender sanitärer Versorgung. Deshalb sterben noch immer täglich mehr als 4.500 Kinder unter fünf Jahren an vermeidbaren Krankheiten wie Durchfall.²⁴ In den ländlichen Gebieten Afrikas müssen viele Frauen jeden Tag kilometerweite Märsche zum nächsten Fluss auf sich nehmen, um (häufig noch dazu verschmutztes) Wasser zu holen.

- **72 Millionen Kinder im Grundschulalter sind aufgrund von Armut vom Schulbesuch ausgeschlossen.**²⁵ In Äthiopien oder Mali besuchen weniger als die Hälfte der Kinder die Grundschule. Armut hält die Kinder vom Schulbesuch ab, weil den Eltern das Geld für Schulgebühren und Schulsachen fehlt oder weil sie zum Familieneinkommen beitragen müssen. Andererseits ruft die mangelnde Bildung wieder Armut hervor.

21 UNICEF: The State of World's Children 2007. Women and Children. The Double Dividend of Gender Equality. 2007.

22 Vgl. Unaid. 07 Aids epidemic update. 2007.

23 Vgl. www.unicef.de. 8.5.2007.

24 World Health Organization: The World Health Report 2007. S. 4.

25 Vgl. United Nations: Millennium Development Goals Report 2007. S. 11.

3. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: DIE HÄUFIGSTEN VORURTEILE

Entwicklungszusammenarbeit wirkt und hat in den vergangenen Jahrzehnten vielen Menschen eine konkrete Verbesserung ihrer Lebenssituation gebracht. Es gibt aber auch viele kritische Stimmen, die die Wirksamkeit der internationalen Hilfe und den sorgsamsten Umgang mit Hilfsgeldern offen infrage stellen. Diese Stimmen nehmen wir als Caritas sehr ernst und setzen uns gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen immer wieder mit brisanten Fragen wie der Wirksamkeit der Hilfe und der Effizienz im Umgang mit Hilfsgeldern auseinander, wobei die Hilfe zur Selbsthilfe und die Hilfe auf Augenhöhe immer den Rahmen bilden.

Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit darf jedoch nicht heißen, dass wir aufhören zu helfen, sondern nur, dass wir weiterhelfen und dabei ständig darum bemüht sind, noch besser zu helfen.

Vorurteil Nr. 1: „Entwicklungshilfe hat bisher nichts verändert“

Beispiele, die das Gegenteil beweisen:

- *In Tansania konnten zwischen 1999 und 2003 1,6 Millionen Kinder zusätzlich die Schule besuchen, weil mit EZA-Mitteln das Bildungswesen aus dem Staatshaushalt unterstützt wurde.*
- *In Uganda führte die Abschaffung von Selbstbehalten für medizinische Behandlungen zu einer Zunahme der Nutzung von Gesundheitseinrichtungen um 80 %. Diese Maßnahme, von der hauptsächlich die Armen profitierten, wäre ohne „Entwicklungshilfe“ nicht möglich gewesen.*
- *Mosambik verzeichnet seit Mitte der 1990er-Jahre ein Wachstum von 8 % pro Jahr und somit eine der höchsten Wachstumsraten der sich entwickelnden Welt. Ohne Nettoentwicklungshilfe in Höhe von 54 US-Dollar pro Kopf hätte dieses Wachstum nicht aufrechterhalten und Infrastrukturmaßnahmen finanziert werden können.*
- *In Sambia würden ohne Entwicklungszusammenarbeit die Gesundheitsausgaben von acht auf drei US-Dollar pro Person sinken, mit verheerenden Folgen im Kampf gegen HIV/Aids und andere Probleme der öffentlichen Gesundheit. Wie in vielen anderen Ländern ist auch hier die „Entwicklungshilfe“ ein Rettungsanker.²⁶*

In den vergangenen Jahren ist die Entwicklungszusammenarbeit wieder verstärkt in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt, u.a. auch durch Bücher wie „Das Ende der Armut“ von Jeffrey Sachs oder „Wir retten die Welt zu Tode“ von William Easterly. Weltbekannte Popstars und Schauspielerinnen setzen sich für die Bekämpfung der Armut vor allem in Afrika ein. Seit 1960 wurden weltweit enorme 1.600 Milliarden US-Dollar an öffentlichen Hilfsgeldern (official development assistance, ODA) bereitgestellt.²⁷ Es hat sich in dieser Zeit in der Welt immens viel verändert. Vor allem seit der Unterzeichnung der Millenniums-Deklaration im Jahr 2000 sind weltweit

²⁶ Vgl. UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2005. S. 103 ff.

²⁷ Vgl. www.stats.oecd.org, Total Net ODA 1960-2006. Abfrage 11. April 2008.

Die Caritas bemüht sich um langfristige Existenzsicherung, weil Unterstützung für den eigenständigen Erwerb die nachhaltigste und würdevollste Form von Hilfe ist.



Foto: Aleksandra Pawloff

nennenswerte Verbesserungen erzielt worden – in vielen Ländern, vor allem in Asien und Lateinamerika, ist die extreme Armut zurückgegangen. Weltweit hat sich die absolute Armut von 28 % der Weltbevölkerung auf 19 % reduziert. Länder wie Brasilien, Südafrika oder Indien, die früher noch sehr viel Mittel in Anspruch nahmen, sind trotz eigener Probleme heute bereits in der Lage, anderen Ländern zu helfen. In Österreich wurden zu Beginn der 1990er-Jahre noch hohe Summen für die Bekämpfung der Armut in osteuropäischen Ländern bereitgestellt, die heute Mitglieder der Europäischen Union sind und selbst schon Programme in den Ländern des globalen Südens unterstützen.

Die oben genannten Beispiele zeigen, dass Entwicklungszusammenarbeit sehr wohl die Verhältnisse nachhaltig verbessern kann. Wenn die Bedingungen förderlich sind – entsprechende politische Rahmenbedingungen, wirtschaftliche Impulse und eine starke Zivilgesellschaft – bewirkt eine ziel- und armutsorientierte Zusammenarbeit erhöhte Produktivität, ein verbessertes wirtschaftliches Wachstum sowie die langfristige Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, die für die Entwicklung der Fähigkeiten der Armen von entscheidender Bedeutung sind. Auch Jeffrey Sachs, UN-Berater für die Millenniums-Entwicklungsziele, betont, dass Entwicklungszusammenarbeit das Potenzial hat, die ärmsten Länder der Welt aus der Armutsfalle zu befreien, „öffentliche Entwicklungshilfe stößt den Prozess der Kapitalbildung, das Wachstum der Wirtschaft und der Haushaltseinkommen an“.²⁸ Gleichzeitig muss aber auch klar sein, dass es eine Utopie ist, Entwicklungszusammenarbeit allein könne die Probleme in der Welt lösen. Dafür würden die bereitgestellten Mittel auch bei Weitem nicht reichen: 2007 wurden von den sogenannten reichen Ländern 103,7 Milliarden USD an staatlicher „Official development assistance“ bereitgestellt. Allein für die Subventionierung der eigenen landwirtschaftlichen Produktion gaben dieselben Länder Schätzungen zufolge 268 Milliarden USD aus.²⁹

²⁸ Vgl. Sachs: Das Ende der Armut. S. 302-308.

²⁹ Vgl. <http://www.oecd.org/dataoecd/61/3/39524780.pdf>. „Agricultural Policies in OECD Countries: Monitoring and Evaluation 2007“. Abfrage 16.6.2008

Entwicklungsprogramme dürfen jedoch nicht allein nach ihrer Auswirkung auf das Wirtschaftswachstum oder auf das Bruttonationalprodukt eines Landes analysiert werden. Es wäre falsch und überheblich zu glauben, wir könnten mit einigen Milliarden USD das Wirtschaftswachstum von 142 Ländern – so viele stehen auf der „Empfängerliste“ der wichtigsten Geberstaaten – beeinflussen. Entwicklungsprogramme müssen vor allem auch dahingehend bewertet werden, inwieweit sie konkrete Notsituationen lindern: So werden weltweit Tausende von Kinderprojekten unterstützt, die Aidswaisen, Straßenkindern, Kindern mit Behinderung oder Kindersoldaten eine beschützte Kindheit bieten. Diese Projekte würden ohne Finanzierung von außen nicht existieren. Ihre Wirksamkeit kann nicht in der Steigerung des jeweiligen Bruttonationalproduktes gemessen werden, aber diese Projekte geben den Kindern, die sonst keinerlei Perspektiven hätten, Geborgenheit, Sicherheit, Nahrung, Gesundheit und Bildung.

Vorurteil 2: „Entwicklungshilfe lähmt Eigeninitiativen vor Ort“

Eines von vielen Caritas-Beispielen, das das Gegenteil beweist:

In der Diözese Tambacounda im Zentrum von Senegal leben etwa 93.000 Frauen. Nach wie vor sind sie die am meisten von Armut betroffene Bevölkerungsgruppe: 89 % können weder lesen noch schreiben. Durch die mangelnde Bildung, traditionelle Rollenbilder und geringe Arbeitsmöglichkeiten fehlt es den Frauen an den notwendigen Rahmenbedingungen, um sich selbst aus der Armutsfalle zu befreien. Ein von der EU und der österreichischen EZA gefördertes Caritas-Projekt hilft den Frauen dabei, ihre Ideen für eine bessere Zukunft zu verwirklichen. Rund 3.600 Frauen, die aktive Mitglieder von verschiedenen Frauengruppen sind, werden intensiv gefördert. Sie nehmen an regelmäßigen Gruppentreffen teil, erhalten Schulbildung und wirtschaftliche Grundkenntnisse, um ein Geschäft zu betreiben. In gemeinsamen Studienreisen lernen sie die unterschiedlichsten Möglichkeiten kennen, sich erfolgreich selbstständig zu machen und als Gruppen übernehmen sie den Betrieb einer Maismühle. Durch dieses „Entwicklungshilfeprojekt“ wird die Eigeninitiative der Frauen gefördert, sie werden in der Umsetzung ihrer Ideen und Initiativen bestärkt und unterstützt.

Entwicklung findet in erster Linie aus eigener Kraft statt und wird von der Bevölkerung, den Regierenden und den Wirtschaftstreibenden eines Landes vorangetrieben. Die Armen der Welt müssen nicht passiv abwarten, bis die Helfer und Helferinnen sie retten. Heute lebt der Großteil der Bevölkerung der sogenannten Entwicklungsländer in Ländern, die sich sehr wohl entwickeln, manche ziemlich rasant. Der Begriff „Hilfe“ lässt schnell das Bild der hilfsbedürftigen Opfer in den ärmsten Ländern der Welt aufkommen, die von den „Wohltätern“ der reichen Länder unterstützt werden. Die Caritas ist in ihrem Handeln überzeugt, dass die Armen selbst den Wandel vorantreiben und gegen unmenschliche Armut, untragbare Lebens- und Arbeitsbedingungen und unfaire soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Strukturen kämpfen können.³⁰

³⁰ Vgl. Caritas Internationalis. www.caritas.org.

Leider existieren auch heutzutage noch Entwicklungsprogramme, die weder mit den Betroffenen vor Ort abgesprochen noch gemeinsam mit ihnen durchgeführt werden. Deshalb kann die notwendige Eigenverantwortlichkeit und die erwünschte Nachhaltigkeit nicht erzielt werden. Wirksame und nachhaltige Zusammenarbeit braucht die Einbeziehung und Teilhabe der Betroffenen vor Ort. Dieses Prinzip des *Ownerships* besagt, dass die Verantwortung für die Vorhaben bei den Menschen vor Ort liegt, dass diese ein Projekt zu ihrer eigenen Sache machen und sich aktiv und eigenverantwortlich daran beteiligen. Eng verknüpft damit ist das *Empowerment* – so werden Maßnahmen bezeichnet, mit denen die Menschen vor Ort befähigt werden, selbst aktiv mehr Einflussnahme auf die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse auszuüben. In oben genanntem Beispiel aus Senegal geschieht dies durch Alphabetisierungskurse und Wirtschaftstrainings, durch Erfahrungsaustausch mit anderen Frauengruppen und durch Erlernen und Durchführen Einkommen schaffender Aktivitäten.

Vorurteil 3: Entwicklungshilfe ignoriert den lokalen Kontext

Eines von vielen Caritas-Beispielen, das das Gegenteil beweist:

In Sri Lanka gibt es im Landesinneren rund um Nuwara Eliya eine ausnehmend hohe Säuglings- und Müttersterblichkeit. Die Gründe dafür sind vielfältig und liegen unter anderem in mangelnder Ernährung, Hygiene, aber auch in der hohen Zahl an Hausgeburten ohne Inanspruchnahme von medizinischem Fachpersonal.

In Zusammenarbeit mit den Gesundheitsministerien in Österreich und in Sri Lanka und vor allem unter starker Einbeziehung lokaler Hebammen wurde nach dem Vorbild des österreichischen Mutter-Kind-Passes und angepasst an die lokalen kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen ein System eingeführt, um den Frauen zu helfen. Es beinhaltet fachgemäße Untersuchungen in der Schwangerschaft, Zusatzernährung zur ausgewogenen Ernährung für Schwangere, stillende Mütter und Kinder sowie Schulungen in Hygiene. Dadurch konnte sowohl die Säuglings- und Kindersterblichkeit als auch die Müttersterblichkeit stark reduziert werden.

Lange Zeit bestand in der EZA das enorme Problem, dass viele westliche Helferinnen und Helfer überzeugt waren, besser zu wissen, wie den Menschen in den – aus ihrer Sicht – „unterentwickelten“ Ländern geholfen werden soll. Diese sehr kolonialistische Vorstellung von einer Welt, die in „Entwicklungsländer“ und „reiche Länder“ eingeteilt wird, darf heute keine Rolle mehr spielen.

Natürlich ist es in der Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll, bereits vorhandenes Know-how zu nutzen, denn damit können Fehlerquellen, Kosten und zeitliche Ressourcen bei der Konzeption und Durchführung der geeigneten Maßnahmen erheblich reduziert werden. Gleichzeitig muss allen, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, bewusst sein, dass Dinge, die in bestimmten europäischen Ländern gut funktionieren mögen, nicht eins zu eins in ganz andere kulturelle, soziale und geschichtliche Kontexte übertragen werden können. Dieser Irrtum hat bereits viele Entwicklungsprogramme zu nicht nachhaltigen Kurzzeit-Interventionen verkommen lassen, viele Investitionen von Weltbank oder Währungsfonds haben aus diesem Grund nicht die erwünschte Wirkung erzielt. Auch



Die Caritas steht Menschen mit Behinderungen zur Seite. In vielen Ländern der Welt werden Menschen mit Behinderungen auch im 21. Jahrhundert versteckt, verdrängt und diskriminiert und müssen unter unmenschlichsten Bedingungen leben.

hier gelten wieder die Prinzipien der Eigenverantwortlichkeit und der Partizipation. Die ärmsten Länder der Welt sollen von bereits vorhandenem Wissen profitieren, doch eigenverantwortlich und unter Einbeziehung der relevanten AkteurInnen entscheiden, was sie davon übernehmen wollen und wie sie es in den jeweiligen Kontext integrieren können. Oben genanntes Projekt ist ein Beispiel dafür, wie bereits gut erprobte Modelle auf die jeweils verschiedenen Rahmenbedingungen angepasst werden können.

Vorurteil 4: „Entwicklungshilfe hält in Abhängigkeit“

Ein Caritas-Beispiel, das das Gegenteil beweist:

In den drei Diözesen Kongolo, Kalemie und Kolwezi im Südosten der Demokratischen Republik Kongo leben Schätzungen zufolge rund 8.000 Menschen mit einer körperlichen Behinderung. Sie führen ein Leben am Rand der Gesellschaft, in extremer Armut und oft in lebenslanger Abhängigkeit von ihrem Umfeld. Die Caritas Österreich unterstützt mit Kofinanzierung der EU und der OEZA ein Projekt, das die gesellschaftliche Integration von 3.000 Menschen mit Behinderung verbessern soll. Die Integration der Kinder in den Schulen wird gefördert, Menschen mit Behinderung erhalten eine Lehre, in Vereinen werden Einkommen schaffende Projekte durchgeführt, in einem gemeinsamen Workshop werden Probleme diskutiert und das Selbstbewusstsein gestärkt. Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung von den Almosen der Bevölkerung abhängig sind und ausgegrenzt werden, erhalten durch dieses „Entwicklungshilfeprojekt“ Perspektiven für ein Leben in Selbstständigkeit.

In jedem Land der Welt gibt es Armut. In den sogenannten reichen Ländern gibt es für die Bevölkerung einen gesetzlich verankerten Anspruch auf gewisse staatliche Leistungen, um der Armut entgegenzuwirken. Mit privaten Spenden können zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Caritas dort Lücken füllen, wo der Staat nicht mehr eingreift. Da wo es keinen

gesetzlichen Anspruch auf Sozialleistungen gibt, entstehen Abhängigkeiten. In jenen Ländern, in denen das eigene staatliche System grundlegende Dienstleistungen nicht gewährleisten kann und die Bevölkerung nicht über die notwendigen Ressourcen verfügt, etwas von ihrem eigenen Einkommen für andere abzugeben, braucht es externe Hilfe, um die schlimmste Not zu lindern und die Weichen für eine nachhaltige Verbesserung zu stellen.

Dabei dürfen die Hilfsorganisationen und staatlichen Agenturen das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe nicht aus den Augen verlieren, denn der Sinn des Helfens ist ja vorrangig, dass Hilfe dazu beiträgt, die Selbstständigkeit, die Autonomie des anderen so gut wie möglich und so schnell wie möglich zu ermöglichen bzw wieder herzustellen. Auch in ihrer Zusammenarbeit mit ihren Partnerorganisationen ist die Caritas bestrebt, diese darin zu unterstützen, ihre Arbeit möglichst unabhängig durchzuführen. In oben genanntem Projekt ermöglicht die Caritas-Hilfe auf Augenhöhe den Menschen mit Behinderung ein weniger an Abhängigkeit und ein mehr an Selbstbestimmung und Selbstständigkeit.

Vorurteil 5: „Entwicklungshilfe kommt nicht an“

Wie die Caritas entgegenwirkt:

Die Caritas kann in ihrer internationalen Arbeit auf ein weltweites Netz von 162 nationalen Caritas-Organisationen zurückgreifen, durch diözesane Caritas-Stellen und Caritas-Pfarrstellen ist die Caritas auf allen Ebenen präsent. Gemeinsame Werte und Grundprinzipien, Einbeziehung der Caritasorganisationen in eine internationale Struktur und gegenseitige Rechenschaftspflicht, sind Garantien dafür, dass Verantwortung für die Vorhaben auf allen Ebenen gewährleistet ist und die Hilfe jenen zugute kommt, für die sie bestimmt ist. Weil zu jedem professionellen Projektmanagement auch ein professionelles Kontrollsystem gehört, gibt es bei der Caritas für Entscheidungen und Überprüfungen ein mehrstufiges Berichts- und Abrechnungssystem.

Es ist ein Dilemma der Hilfe, dass es diese gerade in sogenannten fragilen Staaten braucht, wo es leider auch Korruption, ein fehlendes Rechtssystem, eine schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft und fehlende Kontrollinstrumente gibt. Deshalb müssen staatliche Hilfsagenturen und Nichtregierungsorganisationen wie die Caritas sehr sorgfältig entscheiden, mit wem sie zusammenarbeiten. Dabei ist die Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten der Organisationen, die die Projekte und Programme vor Ort implementieren, v. a. auch im administrativen und finanziellen Bereich, notwendig.

Um die Situation der Menschen langfristig zu verbessern, und Korruption sowie unzureichende Verwendung des Geldes zu verhindern, bedarf es langfristiger Partnerschaften anstatt sporadischer Kurzzeitinterventionen. Grundlagen der Caritas-Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen sind immer ehrliches Feedback und gemeinsame Planung, Begleitung, Transparenz und Rechenschaftspflicht auf beiden Seiten, eine aufrichtige Offenheit und Sensibilität für die Bedürfnisse, Expertise und Erfahrung des/der anderen.

Für die wirksame Verwendung der Gelder braucht es selbstverständlich genaue Zieldefinitionen, wofür das Geld verwendet bzw. welche Wirkung

erreicht werden soll. Evaluierungen und Befragung der Zielgruppen selbst zeigen genau, ob für sie eine Verbesserung ihrer konkreten Lebenssituation eingetreten ist.

Vorurteil 6: „Kriege verschlingen Entwicklungshilfe“

Ein Caritas-Beispiel, das die Notwendigkeit der Hilfe in Krisenregionen aufzeigt:

Im Zuge der immer prekärer werdenden Sicherheitslage im Irak haben vier Millionen Menschen ihre Heimatorte verlassen: Zwei Millionen davon sind ins Ausland geflohen – größtenteils nach Syrien und Jordanien. Es ist dies die größte Flüchtlingskrise im Nahen Osten seit 1948, wie auch auf der internationalen Irak-Konferenz der UNO im April 2007 festgestellt wurde.

Die Caritas unterstützt in Kooperation mit dem UNHCR und einem lokalen Schwesternorden ein Notprogramm in Syrien, bei dem rund 220 traumatisierte Frauen und Kinder eine sichere Unterkunft erhalten, Nahrung und medizinische Versorgung bekommen sowie durch psychosoziale Beratung die traumatischen Erlebnisse verarbeiten können. Die Kinder können während der Zeit auf der Flucht die Schule besuchen.

Seit Jahrzehnten wird der Nahe Osten immer wieder von neuen Kriegen und Konflikten gebeutelt. Gleichzeitig fließt sehr viel an internationaler Hilfe in diese Region, im Jahr 2006 waren es über 13 % der weltweiten Mittel.³¹ In einer Studie zeigt Oxfam auf, dass zwischen 1990 und 2005 Bürgerkriege und gewaltsame Konflikte den afrikanischen Kontinent rund 211 Milliarden Euro gekostet haben, das entspricht ungefähr der Summe an internationaler Hilfe, die in derselben Zeit an afrikanische Regierungen geflossen ist.³² Da liegt der Schluss nahe, Entwicklungszusammenarbeit hätte keinen Sinn. Das ist ein Drama. Denn die Antwort darauf darf nicht sein, dass man die Frauen, Männer und Kinder, die zur Flucht getrieben werden, deren Felder und Häuser zerstört sind und die nichts mehr zu essen und zu trinken haben, im Stich lässt. Gerade in Bürgerkriegsländern hat Entwicklungszusammenarbeit sehr viel bewirkt, nämlich die Versorgung von Flüchtlingen und die Aufrechterhaltung grundlegender Dienstleistungen. Da, wo staatliche Strukturen völlig zusammengebrochen sind, übernehmen oft zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Caritas die Versorgung der Ärmsten vor Ort. Sie können gegen den Krieg nicht viel ausrichten, aber dagegen, dass er zusätzlich noch Tote verursacht, die durch Mangelernährung, fehlende Gesundheitsversorgung oder schmutziges Wasser sterben.

31 www.oecd.org. Table 25. ODA Receipts and Selected Indicators for Developing Countries and Territories. Abfrage 25.6.2008.

32 http://www.oxfam.org/en/files/bp107_africas_missing_billions_0710.pdf. Africa's missing billions. IANSA, Oxfam, Saferworld. 2007



Die Caritas hilft Kindern in Not, weil sie als schwächste Glieder der Gesellschaft oftmals von Ausbeutung sowie körperlicher, psychischer und sexueller Gewalt bedroht sind.

4. ECKPFEILER FÜR WIRKSAME ARMUTSBEKÄMPFUNG

Wirksame Entwicklungszusammenarbeit ist ein wichtiges Instrument zur Erreichung der Millenniumsziele, jedoch kein Allheilmittel gegen extreme Armut, chronische Unterernährung oder andere entwicklungsrelevante Probleme und Herausforderungen unserer Zeit. Neben den vielfältigen (länderspezifischen) Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Entwicklungsproblemen ist eine Reihe anderer Faktoren zu berücksichtigen, die den Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit bedingen und für eine umfassende Analyse und Beurteilung herangezogen werden müssen. So spielen die derzeitigen von den Industrienationen des Nordens dominierten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Handel/Liberalisierung der Märkte), politische Instabilität, bewaffnete Konflikte und Kriege, aber auch die Auswirkungen des globalen Klimawandels bei der Überwindung von Armut und Hunger eine entscheidende Rolle. Aus diesem Grund müssen sie bei entwicklungspolitischen Fragestellungen auch verstärkt berücksichtigt werden. Hilfe allein wird die Armut in der Welt nicht beseitigen können. Alle drei Sphären der Gesellschaft - Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft – müssen ihren Beitrag zu einer gerechteren Welt leisten und diese zu stärken muss primäres Anliegen sein. Deshalb ist menschliche Entwicklung nur möglich, wenn international gerechte Wirtschaftsbeziehungen herrschen, die Arbeit der Regierungen weltweit von Good Governance geprägt ist und überall eine lebendige und starke Zivilgesellschaft entstehen kann.

4.1. Good Governance als Grundbedingung für Armutsbekämpfung

Die Geschichte lehrt uns, dass Good Governance oder gute Regierungsführung eine Grundbedingung für nachhaltige Entwicklung ist. Der Begriff Good Governance wird unterschiedlich interpretiert, Kerndimensionen stellen die folgenden Faktoren dar: das Vorhandensein eines staatlichen Rechtssystems, das der Bevölkerung Schutz vor Willkür und Gewalt bietet; eine effiziente und transparente öffentliche Verwaltung, die wirksam Dienstleistungen anbietet und der gesamten Bevölkerung gerechte Verteilung und gleichen Zugang zu Ressourcen ermöglicht; die Gewährleistung von Menschenrechten; das Vorhandensein und die Förderung starker Parlamente, politischer Parteien, zivilgesellschaftlicher Initiativen, Gewerkschaften und freier Medien, damit diese eine Kontrollfunktion ausüben können und somit Transparenz und Accountability (Rechenschaftspflicht) ermöglicht werden.³³

Auch im Europäischen Rat wurde 2005 betont, dass prinzipiell „Entwicklungsländer selbst in erster Linie für ihre Entwicklung verantwortlich sind“.³⁴ Schlechte Regierungsführung, funktionsuntüchtige Verwaltungsstrukturen, Rechtsunsicherheit, Misswirtschaft und Korruption sind wesentliche Faktoren für das Stagnieren oder gar Zurückfallen vieler der ärmsten Länder. Dieses Politikversagen bildet gleichzeitig eine der Hauptursachen für Staatskrisen und daraus resultierende Zerfallsprozesse und Bürgerkriege. Die Auswüchse von Bad Governance müssen beseitigt werden, wenn sich die Situation im Süden bzw. Osten verbessern soll.

33 Vgl. UN.Governance for the Millennium Development Goals. S. 45-60.

34 Vgl. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat 2005. S. 7

4.2. Ohne lebendige Zivilgesellschaft keine umfassende Entwicklung

Auch in einem noch so gerechten Staat ist ohne lebendige Zivilgesellschaft umfassende und nachhaltige Entwicklung nicht möglich: Zivilgesellschaft als Sphäre zwischen Markt und Staat, als Raum für bürgerliches Engagement, kann in Notlagen tätig werden, die durch den Staat und Markt nicht zu lösen sind. Zivilgesellschaft kann durch ihre starke Verankerung in der praktischen Arbeit blinde Flecken öffentlicher Verwaltung zum Thema machen, die Interessen der Bevölkerung vertreten, eine starke Position gegenüber den Regierungen einnehmen und Good Governance einfordern. Zivilgesellschaft kann durch ihr Know-how und die Erfahrung der alltäglichen Arbeit Möglichkeiten eröffnen, neue und zusätzliche Ideen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen einzubringen. Zivilgesellschaft ist aber potenziell für politische Machthaber auch lästig – es braucht daher eine „demokratische Reife“ des Staates, um im Dialog mit der „Civil Society“ Chancen für eine Verbesserung und Weiterentwicklung des politischen Systems zu sehen.

Die Caritas arbeitet in der Entwicklungszusammenarbeit und in der humanitären Hilfe mit zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen zusammen. Das Engagement der Caritas für eine starke Zivilgesellschaft zeigt sich einerseits durch die Unterstützung lokaler Partnerorganisationen in Form von Strukturentwicklung und Weiterbildung. Andererseits wird in allen Programmen Schwerpunkt auf die Befähigung der jeweiligen Zielgruppen gelegt, damit diese an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben und ihre Interessen aktiv vertreten können. Diese Befähigung geschieht durch Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Ausbildung von besonders benachteiligten Gruppen und die Förderung von Gemeinschaftsinitiativen. Die Caritas trachtet danach, ihren Partnerorganisationen in ihrer anwaltschaftlichen Funktion den Rücken zu stärken und bei Fördergebern die Berücksichtigung der Interessen der Zivilgesellschaft einzufordern.

4.3. Gerechte Wirtschaftsbeziehungen als wesentlicher Faktor

Die Caritas setzt sich ein für ein gerechteres Wirtschaftssystem, von dem auch die Schwächsten in der Gesellschaft profitieren können. Wirtschaft ist ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für das Wohlbefinden der Menschen. Die Globalisierung und ihre Folgen prägen heute die gesamte Weltwirtschaft. Zwar eröffnet diese Entwicklung viele neue Möglichkeiten, aber ein großer Teil der Weltbevölkerung hat bisher keine Chance, davon zu profitieren. Liberalisierung darf kein Selbstzweck sein, sie hat dazu zu dienen, dass es mehr Menschen auf dieser Welt besser geht. Gerade in armen Ländern verschlechtern sich durch den globalisierten Wettbewerb und durch die progressive Öffnung der Märkte die Lebensbedingungen für manche Bevölkerungsgruppen.

Wirtschaftswachstum alleine bedeutet noch lange nicht, dass sich die Lebenssituation aller Menschen in einem Land verbessert. Der Großteil der Bevölkerung Indiens, das nach China die derzeit zweithöchste Wachstumsrate hat, kann nicht vom Wirtschaftswachstum profitieren. Wesentlich ist „pro poor growth“, ein Begriff, der ein Wirtschaftswachstum bezeichnet, an dem auch die Ärmsten eines Landes teilhaben können. Um dieses zu erreichen müssen in der Wirtschaft jene Güter verwendet werden, die die



Die Caritas ist Trägerorganisation von Fairtrade. Das Gütesiegel garantiert fairen Lohn und gerechte Arbeitsbedingungen. Fairtrade ProduzentInnen können eigenverantwortlich wirtschaften und ihre Existenz weitestgehend sichern.

armen Menschen besitzen und jene Sektoren wachsen, in denen die Armen arbeiten. Zudem muss Wachstum dort passieren, wo die armen Menschen leben. Wirtschaftspolitik soll daher auf landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung abzielen, sie soll Arbeitsmöglichkeiten vor allem für schlecht qualifizierte Arbeiterinnen und Arbeiter schaffen und öffentliche Investitionen für die Entwicklung von entlegenen ländlichen Gebieten tätigen.³⁵ Wenn die Regierungen die Mittel dafür noch nicht selbst aufbringen können bzw. oftmals leider auch nicht wollen, bedarf es nach wie vor gezielter Maßnahmen für die Ärmsten, muss mit externer Hilfe gewährleistet werden, dass die Menschen mehr als das Existenzlimit zum Leben haben. Gerade in diesem Bereich können zivilgesellschaftliche Organisationen, die durch ihre gute Verankerung in der Bevölkerung einen sehr direkten Zugang zu den betroffenen Menschen haben, mit ihren Entwicklungsprogrammen eine sehr hohe Wirkung erzielen.

Die Caritas ist Mitglied der im Jahr 2003 ins Leben gerufenen Global-Marshall-Plan-Initiative für eine „Welt in Balance“. Mit zahlreichen Vertreter/-innen aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft unterstützt die Caritas den Global Marshall Plan und seine Kernforderungen. Eine davon ist ein fairer globaler Wettbewerb. Dieser soll durch eine behutsame Marktöffnung ermöglicht werden, die nationale Schutzmöglichkeiten zulässt, sowie durch die Entwicklung eines globalen Rahmens für die Wirtschaft mit weltweit verbindlichen sozialen und ökologischen Standards.³⁶ Die Caritas ist eine der Trägerorganisationen von Fairtrade, einer Organisation, die ein Gütesiegel für fair gehandelte Produkte vergibt. Zu den Kriterien gehören: keine Kinderarbeit, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, faire Löhne und eine umweltschonende

³⁵ Vgl. UN. Governance for the Millennium Development Goals. 2007. S. 46.

³⁶ Anm.: Nähere Infos zum Global Marshall Plan unter www.globalmarshallplan.org.

Wirtschaftsweise.³⁷ Solche Initiativen tragen zu fairen Wirtschaftsbeziehungen bei und ermöglichen Konsumenten und Konsumentinnen, bei ihrem täglichen Einkauf auf die Unternehmenspolitik einzuwirken, denn Kaufentscheidungen werden heute nicht mehr nur hinsichtlich des Preises, sondern auch aufgrund anderer Faktoren getroffen.

Angesichts der rasanten Globalisierungsprozesse ist es heute besonders wichtig, dass sich auch Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind und konkret handeln, auch und vor allem für die Menschen in den ärmsten Regionen der Welt. Grundsätzlich sollte sich jedes Unternehmen stets folgende Frage stellen: Welche Auswirkungen haben meine unternehmerischen Tätigkeiten neben der Gewinnorientierung auf die soziale, menschliche und ökologische Dimension meines Handelns und wie manage ich diese nachhaltig?

4.4. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

In vielen Teilen der Welt gibt die Natur nicht mehr das her, was für die Versorgung der Bevölkerung notwendig ist – chronischer Hunger, Umweltzerstörung und Migration verzweifelter Menschen sind die Folge. Gleichzeitig führt die übermäßige Ausbeutung von Ressourcen zu nie dagewesenen Umweltkrisen – die Zunahme von Katastrophen wie Dürren, Überschwemmungen sowie Stürmen ist heute weltweit zu beobachten. Der Klimawandel verursacht Landverlust, Nahrungsmittel- und Trinkwasserknappheit. Es sind die Industrieländer des Nordens, die die stärksten Treibhausemissionen verursachen, und es sind die armen Länder des Südens, die am meisten unter den Folgen leiden. Die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit ist ein Gebot der Vorsorge und der Verantwortung, insbesondere für die Schwächsten und die nachkommenden Generationen.

³⁷ Anm.: Nähere Infos zu Fairtrade unter www.fairtrade.at.

5. WEGWEISER

Zahlreiche Akteure sind in der Entwicklungszusammenarbeit tätig: Nicht-Regierungsorganisationen wie die Caritas, die Regierungen der Industriestaaten, Finanzinstitutionen wie Weltbank, Währungsfonds oder die Anfang 2008 gegründete österreichische Entwicklungsbank, die Vereinten Nationen mit zahlreichen unterschiedlichen Agenturen wie UNICEF oder dem Entwicklungshilfeprogramm UNDP, die Europäische Kommission, Stiftungen wie jene von Bill und Melinda Gates und viele kleine Privatinitiativen, die Projekte in den ärmsten Ländern der Welt unterstützen. Sie alle haben durchaus unterschiedliche Zugänge und Schwerpunkte und deshalb ist enorm wichtig, dass es gemeinsame Grundlagen für die Bekämpfung der globalen Armut gibt – allen voran die im Jahr 2000 definierten Millennium-Entwicklungsziele. Wenn die Caritas diesen Grundlagen teilweise auch durchaus kritisch gegenübersteht, so ist es uns doch ganz klar, dass diese wesentliche Meilensteine in einem Prozess der ständigen Verbesserung der Wirksamkeit und Qualität der Hilfe darstellen.

5.1. Die Millennium-Entwicklungsziele

„We recognize that, in addition to our separate responsibilities to our individual societies, we have a collective responsibility to uphold the principles of human dignity, equality and equity at global level. As leaders we have a duty therefore to all the world's people, especially the most vulnerable [...]”³⁸

Aus der UN-Millenniumsdeklaration, 18. September 2000.

Das neue Jahrtausend begann mit einem starken Akt der Solidarität mit den ärmsten Menschen der Welt: Im September 2000 verabschiedeten 189 Staaten die UNO-Millenniumsdeklaration, aus der die acht sogenannten Millennium-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) erarbeitet wurden. Die Ziele benennen acht wesentliche Bereiche und sind in 18 Teilziele unterteilt. Zeitlich beziehen sie sich auf das Jahr 2015, mit Ausgangsdaten aus dem Jahr 1990.

MDG 1: Bekämpfung von Einkommensarmut und Hunger

- Zwischen 1990 und 2015 soll der Anteil jener Menschen halbiert werden, die weniger als 1 US-Dollar pro Tag zum Leben haben.
- Zwischen 1990 und 2015 soll der Anteil jener Menschen halbiert werden, die hungern.

MDG 2: Möglichkeit einer vollständigen Grundschulbildung für Kinder

- Bis zum Jahr 2015 sollen alle Kinder der gesamten Welt, Mädchen wie Burschen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können.

MDG 3: Abbau von Ungleichgewichten zwischen den Geschlechtern

- Das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung soll möglichst bis 2005 beseitigt werden, auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015.

³⁸ UN: Governance for the Millennium Development Goals. S. 1

MDG 4: Senkung der Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren

- Zwischen 1990 und 2015 Senkung der Kindersterblichkeit von unter Fünfjährigen um zwei Drittel

MDG 5: Die Verbesserung der Gesundheit von Schwangeren und Müttern

- Zwischen 1990 und 2015 soll die Mütter-Sterblichkeitsrate um drei Viertel gesenkt werden.

MDG 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Infektionskrankheiten

- Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und eine Trendumkehr bewirken.
- Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten stoppen und eine Trendumkehr bewirken.

MDG 7: Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit der Politik

- Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung werden in der Politik und den Programmen der einzelnen Staaten verankert und die Vernichtung von Umweltressourcen eingedämmt.
- Bis 2015 soll der Anteil der Menschen ohne dauerhaft gesicherten Zugang zu hygienisch einwandfreiem Trinkwasser halbiert werden.
- Bis 2020 soll eine deutliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern und -bewohnerinnen bewirkt werden

MDG 8: Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft

- Entwicklung eines offenen, regelgestützten, berechenbaren und nicht diskriminierenden Handels- und Finanzsystems.
- Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder.
- Umfassende Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene zur Lösung der Schuldenprobleme der sogenannten Entwicklungsländer.

Die Millenniumsziele sind konkrete quantifizierte internationale Vorgaben im Kampf gegen Armut in all ihren Dimensionen. Sie sind natürlich auch nur ein Etappenziel, denn es reicht nicht aus, die Anzahl der Hungerleidenden nur zu halbieren oder die Anzahl der Kinder, die vor ihrem fünften Geburtstag sterben, nur zu reduzieren. Jeder Mensch, der an Armut stirbt, ist einer zu viel, jedes Kind, das hungert, ist ein Skandal. Die MDGs ignorieren zudem den Bereich der Menschenrechte, sie bieten lediglich eine „Allzwecklösung“ an, ohne die ganz unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern zu berücksichtigen. Vor allem aber haben sie einen sehr engen Begriff der Armut, diese wird nicht in einem breiteren Kontext definiert und das Problem der Verteilungsgerechtigkeit wird nicht angesprochen.³⁹ Die Millennium-Entwicklungsziele bieten jedoch die Möglichkeit, dass alle Entwicklungs-Partner/-innen an einem Strang ziehen und ein gemeinsames großes Ziel vor Augen haben, auf das sie ihre individuelle Agenda ausrichten. Durch die Millennium-Entwicklungsziele kann Armut noch

39 UN Governance for the Millennium Development Goals. 2007. S. 61.

wirksamer bekämpft werden. Tatsächlich sind seit der Unterzeichnung der Millenniumsdeklaration weltweit nennenswerte Verbesserungen erzielt worden – viele Länder, vor allem in Asien und Lateinamerika, sind auf dem Weg, einige dieser Ziele zu erreichen, die absolute Armut ist in diesen Regionen zurückgegangen. Besonders dramatisch ist aber nach wie vor die Lage in Afrika südlich der Sahara – diese Region schneidet bei fast allen Zielen schlecht ab und deren Erreichung gilt trotz einiger positiver Entwicklungen bereits als unwahrscheinlich.

5.2. Die nationalen Strategien zur Armutsbekämpfung

Die Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs) sind Strategiepapiere zur Reduzierung der Armut, die seit 1999 von den Regierungen der ärmsten Länder⁴⁰ in Zusammenarbeit mit der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds sowie der Zivilgesellschaft erstellt werden. Die Armutsreduktionspapiere bilden die Richtschnur dafür, auf welche Bereiche die Zusammenarbeit in den einzelnen Ländern fokussiert werden soll. Sie sind zudem Vorbedingung für günstige Kredite sowie für Entschuldungen im Rahmen der Schuldenerlassinitiativen.

Die PRSPs mancher Länder gelten als inhaltlich zu sehr von den Vorgaben der Fördergeber beeinflusst und durch ihre sehr allgemeine Formulierung lassen sie diesen jeglichen Spielraum, ihre eigene Strategie gut zu rechtfertigen. Auch die zu geringe Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei der Definition der notwendigen Maßnahmen ist ein Kritikpunkt an den bisher erstellten Papieren.⁴¹

Diese Strategien sind aber wesentliche Grundlage dafür, dass die ärmsten Länder der Welt selbst jene Maßnahmen definieren, die sie in Angriff nehmen wollen, um Armutsreduktion und Wirtschaftswachstum zu erreichen. Sie zeigen auf, wo angesetzt werden soll, um den Ärmsten im Land eine menschenwürdige Zukunft zu sichern. Damit sind sie ein wesentlicher und unverzichtbarer Schritt in Richtung Ownership und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit.

5.3. Die Pariser Erklärung

In den letzten Jahren haben sich die Bestrebungen zur Koordinierung und Harmonisierung der Hilfsaktivitäten verstärkt. Denn aufgrund steigender Hilfsvolumina – in der Zeit zwischen 2000 und 2005 haben sich die öffentlichen EZA-Leistungen in absoluten Zahlen mehr als verdoppelt – und der großen Anzahl von bilateralen und multilateralen Gebern, die ihre eigenen Strategien und Interessen verfolgen, sehen sich die Partnerländer einer Fülle von Gebern und einer Fülle von unterschiedlichen Vorgaben/Standards/Strategien gegenüber.

Bisheriger Höhepunkt dieser Harmonisierungsbestrebungen ist die Pariser Erklärung von 2005, eine internationale Vereinbarung zur Steigerung der Wirksamkeit von Hilfe. Es geht hier nicht darum, in welchen Sektoren oder wo Hilfe geleistet wird, sondern es geht um gemeinsame Zielvorgaben in

⁴⁰ Anm.: Länder mit sogenanntem IDA-only Status, d. h. die Zugang zu IDA-Krediten haben. Kriterien dafür sind Pro-Kopf-Einkommen von unter 1.065 USD und Kreditwürdigkeit am internationalen Finanzmarkt.

⁴¹ Caritas Europa, Cidse: The EU's Footprint in the South. 2007. S. 16.



Die Caritas hilft den Überlebenden von Erdbeben, Flutkatastrophen und Kriegen.

Bezug auf die wirksame und effiziente Umsetzung dieser Hilfe. Bisher haben sich insgesamt 111 Staaten zur Pariser Erklärung bekannt. Diese umfasst fünf Schlüsselemente mit messbaren Indikatoren:

Ownership: Das Prinzip der „Eigenverantwortung“ meint, dass Partnerländer eine wirksame Führungsrolle bei ihren Entwicklungspolitiken und –strategien übernehmen und die entwicklungspolitischen Maßnahmen koordinieren. Bis 2010 sollen 75 % der Partnerländer über operative Entwicklungsstrategien verfügen.

Alignment: Das Prinzip der „Partnerausrichtung“ fordert eine Anpassung an die Partnerstrategien, eine Nutzung der partnereigenen Systeme (öffentliches Finanzmanagement, Beschaffungswesen), die nach einvernehmlich beschlossenen Standards bewertet werden, und die Stärkung nationaler Kapazitäten.

Harmonisierung: Durch Synergieeffekte und höhere Transparenz soll die Wirksamkeit der Hilfe gesteigert werden. Eine bessere Harmonisierung der Geberaktivität untereinander bedeutet eine Verstärkung des programmorientierten Ansatzes, gemeinsame geberseitige Feldmissionen, Länderanalysen oder Schulungen.

Managing for results: EZA-Leistungen sollen so verwaltet werden, dass die Erreichung der angepeilten Ergebnisse die Richtschnur bildet. Bis 2010 sollen in den Partnerländern überprüfbare Rahmen (sogenannte Performance Assessment Frameworks) erarbeitet und angewandt werden, die die Ergebnisse und die konkrete Wirkung der EZA-Aktivitäten auf die Armutssituation darstellen sollen.

Mutual accountability: Nach dem Prinzip der gegenseitigen Rechenschaftspflicht sollen die Partnerländer über ihre Entwicklungsergebnisse gegenseitig Rechenschaft ablegen. Unter diesem Prinzip bekennen sich die Partnerländer zur verstärkten Einbeziehung von Parlamenten und anderen Entwicklungspartnern bei der Ausarbeitung der nationalen Entwicklungsstrategien.⁴²

⁴² vgl. High Level Forum Paris. Paris Declaration on Aid Effectiveness. 2005.

Die Pariser Erklärung war unbestritten ein Meilenstein in Richtung Wirksamkeit von Hilfe, der Europäische Konsens von 2005 bestätigte nochmals ihre besondere Bedeutung und legte speziell für die Länder der EU die notwendigen Bemühungen für gemeinsame Programmplanung und Strategien fest.⁴³ Es darf aber dennoch nicht über die offensichtlichen Diskrepanzen zwischen den darin definierten Prinzipien und der konkreten praktischen Arbeit vor Ort hinweggesehen werden. Die Pariser Erklärung bezieht sich aus Sicht der Caritas viel zu sehr auf das effiziente Managen von Hilfe. Dieses darf kein Selbstzweck an sich sein, die Qualität der Reformen der Pariser Erklärung wird daran zu messen sein, inwieweit sie einen Beitrag zur Qualität der Entwicklung an sich leisten.

Geänderte Instrumentarien und Budgethilfe

Die Vereinbarungen haben wesentlichen Einfluss auf die unterschiedlichen Instrumentarien der Hilfe. Diese reichen derzeit von traditionellen Projektfinanzierungen, projektbezogenen Beiträgen zu Programmen des Partners, Gemeinschaftsfinanzierungen mehrerer Geber („Basket Funding“) bis hin zur sektorbezogenen und allgemeinen Budgethilfe. Um Probleme der traditionellen Projektfinanzierung zu überwinden (wie etwa unterschiedliche Fördervorgaben und Abrechnungsmodi, mangelnde Koordination usw.) gehen die Staaten derzeit in der EZA stark von der Förderung einzelner Projekte weg und bevorzugen immer mehr die Finanzierung einzelner Sektoren (Landwirtschaft, Frauenförderung ...) bzw. sogar eine Budgethilfe. Bei der Budgethilfe stellen internationale Geldgeber Mittel zur Unterstützung einer nationalen Strategie zur Verfügung, wobei meistens das nationale Armutsreduktionspapier als Grundlage dient. Die Mittel werden in das Budget des Empfängerlandes eingezahlt und von diesem eigenverantwortlich verwaltet.⁴⁴ Um Zugang zu Budgethilfe zu haben, müssen die Partnerländer gewisse Voraussetzungen erfüllen, wie das Vorhandensein eines Armutsreduktionspapiers, Transparenz, Effektivität und Effizienz des öffentlichen Finanzmanagementsystems sowie die Bereitschaft, die Verwendung der Mittel nach gewissen Leistungsindikatoren bewerten zu lassen. Für die Bewertung, der „Budgethilfefähigkeit“ der Länder wird oft auf die Diagnoseinstrumente der Weltbank zurückgegriffen.⁴⁵ Die Europäische Kommission hat Partnerländern 2007 insgesamt 1,79 Mrd Euro an Budgethilfe bereitgestellt. Das sind 23 % aller zugesagten Mittel. In einer verstärkten Verwendung von Budget Support – Ziel ist ein Anteil von 50 % – sieht die Europäische Kommission das Schlüsselinstrument für Aid Effectiveness.⁴⁶ Die österreichische EZA hat sich im Dreijahresprogramm 2006 bis 2008 zum Ziel gesetzt, bis Ende 2008 10 bis 15 % ihres operativen Budgets für Budgethilfe aufzuwenden. 2006 waren es 5,7 Millionen (6,01 % des ADA-Budgets oder 0,48 % des gesamten OEZA-Budgets). Diese Mittel wurden vor allem für sektorische Budgethilfe in Uganda, Mosambik und Nicaragua eingesetzt.⁴⁷

Budgethilfe kann sicherlich zu einer verstärkten Eigenverantwortung seitens des Partnerlandes führen. Sie muss von einer Stärkung der Zivilgesellschaft

43 Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union: Europäischer Konsens über die Entwicklungspolitik.

44 Vgl. Öfse, Budgethilfe als entwicklungspolitische Strategie, S. 6, 2006.

45 Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Budgethilfe in der Entwicklungszusammenarbeit der EU, S. 1-11

46 Vgl. Annual Report 2008 on the European Community's Development and External Assistance Policies and their Implementation in 2007. S. 137.

47 Vgl. OEZA-Geschäftsbericht 2006. S. 16-17.

begleitet werden, denn nur so kann Rechenschaftspflicht über die Verwendung der öffentlichen Mittel gegenüber der Bevölkerung erreicht werden. Weiters muss dieses Instrument mit Maßnahmen in Richtung Dezentralisierung gekoppelt werden und mit Capacity Building von lokalen Regierungsstrukturen Hand in Hand gehen, denn nur so kann ownership auch auf unterster Ebene gewährleistet werden.

Korruption und schlechtes Finanzmanagement gehören zu den besorgniserregendsten Themen im Bereich des Budget Support. Um die Effektivität von Budget Support-Maßnahmen in Ländern mit einem hohen Grad an Korruption zu erhöhen, sollten vorhergehende Reformen den institutionellen Rahmen und die demokratischen Strukturen des Empfängerlandes stärken.⁴⁸ So kann verhindert werden, dass langfristig gesehen weiterhin nur so genannte „good performers“ in den Genuss von Budgethilfe kommen, während in fragilen Staaten, die am meisten Unterstützung für den Aufbau von sozialen Basisdienstleistungen benötigen würden, mangels stabiler und transparenter Managementstrukturen allgemeine Budgethilfen kaum angewendet werden.⁴⁹

Die Caritas begrüßt die Harmonisierungsbestrebungen der Geberstaaten. Um eine raschest- und bestmögliche Veränderung der Armutssituation zu erreichen, muss die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen so wirksam wie möglich gestaltet werden. Bei aller Befürwortung von Harmonisierung und Effizienzsteigerung sind es jedoch gerade auch kleine Initiativen in der Bevölkerung, die es für den Zusammenhalt und die Entwicklung einer Gesellschaft unbedingt braucht. Zudem gibt es Bereiche, in denen groß angelegte Programme nicht viel bewirken. Ein Beispiel: Durch Aids gehen in Afrika traditionelle familiäre Strukturen verloren. Geschätzte 11,4 Millionen Kinder (von insgesamt 15,2 Millionen Aidswaisen) wurden auf diesem Kontinent durch die Seuche zu Waisen. Kleine Projekte können hier soziale Lücken schließen. Die Caritas unterstützt etwa in Burkina Faso dörfliche Selbsthilfegruppen für HIV-Kranke, deren Angehörige bzw. deren Hinterbliebene. Die Menschen helfen sich gegenseitig im Alltag, spenden einander Trost und unterstützen Waisen im Haushalt und bei der Feldarbeit. Initiativen wie diese funktionieren nur in kleinem, Rahmen und nicht in Form von großangelegten Programmen. Sie dürfen bei allen derzeitigen Bestrebungen in Richtung Harmonisierung und Anpassung aus diesem Grund nicht vernachlässigt werden.

⁴⁸ Vgl. Positionspapier der KOO, AGEZ und EU-Plattform zu Budget Support. 2005. S. 2-4.

⁴⁹ Vgl. Öfse, Budgethilfe als entwicklungspolitische Strategie, S. 39, 2006.

6. DIE ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT IN DER EZA

Weltweit leben fast eine Milliarde Menschen in absoluter Armut und im Elend. Weltweit haben 130 Millionen Kinder nicht genug zum Essen. Menschen sterben jeden Tag an Hunger und Unterernährung. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen leisten einen immensen Beitrag zur Linderung der täglichen Not und zur nachhaltigen Verbesserung der Lebenssituation von Menschen, die weniger als das Existenzlimit haben. Das internationale Caritas-Netzwerk umfasst 162 Caritasorganisationen, die in 200 Ländern und Gebieten direkte Hilfe leisten und ungerechte Strukturen aufzeigen. So werden zum Beispiel 25 % aller weltweit von Aids betroffenen Menschen von der katholischen Kirche und ihren Hilfsorganisationen mit der Caritas als einer der wichtigsten Trägerinnen betreut. Im Jahr 2007 hat die Caritas Österreich Auslandshilfe 581 Hilfsprojekte mit einem Gesamtvolumen von 21,3 Millionen Euro gefördert.

Um diese Hilfe leisten zu können, bekommt die Caritas Unterstützung von Tausenden von Spenderinnen und Spendern. Rund 70 % der Auslandshilfe der Caritas Österreich werden aus privaten Spendenmitteln finanziert. Frauen und Männer, denen es „besser geht“ wollen sich engagieren, wollen selbst aktiv etwas gegen die Ungerechtigkeit und die Armut in der Welt tun. Durch ihren sehr direkten Zugang zu den Notleidenden und die sehr konkrete Hilfe bieten zivilgesellschaftliche Organisationen den Menschen die Möglichkeit, sich für andere einzusetzen. So haben bereits 3.000 Österreicher/-innen eine Caritas-Patenschaft für Kinderprojekte in Afrika, Asien oder Lateinamerika übernommen, Schüler/-innen laufen im Rahmen des Caritas-Laufwunders zugunsten von Kindern und Jugendlichen in Not, zu Weihnachten können im Rahmen der Aktion „Schenken mit Sinn“ in Österreich symbolisch beispielsweise Ziegen verschenkt werden, die einer Familie in Burundi zugute kommen. Viele Pfarren in Österreich engagieren sich durch eigene Partnerschaften in Ländern des Südens. Die Caritas lebt durch das Tun und das Wirken vieler engagierter Frauen und Männer und erhält durch diese konkret den Auftrag, in der Entwicklungszusammenarbeit und in der Katastrophenhilfe tätig zu sein.

Zivilgesellschaft lebt stark vom persönlichen freiwilligen Engagement. Die Arbeit der Caritas in Österreich wird vor allem auch von ihren über 26.000 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen. In den ärmsten Ländern der Welt haben zivilgesellschaftliche Organisationen diese Basis oft nicht: laut *UN-Index für Menschliche Entwicklung* nimmt Österreich unter 177 Ländern den 15. Platz ein, das monatliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt 2.808 USD. In Österreich können sich die Menschen zivilgesellschaftliches Engagement also durchaus „leisten“. Im Vergleich dazu steht Mali, ein Schwerpunktland der Caritas, auf Platz 173 mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 86 Dollar monatlich.⁵⁰ In den Entwicklungsländern, die die größte Zahl an absolut Armen zu verzeichnen haben, kann oft vom zivilgesellschaftlichen Engagement breiter Gesellschaftsschichten keine Rede sein – deren wirtschaftliche und politische Marginalität behindert eine aktive Teilhabe: Die Ärmsten führen ein Leben am Rande der Gesellschaft und können nicht einmal das notwendige Subsistenz Einkommen produzieren. Oft haben sie keine formalen Rechte (z. B. Wahlrecht) oder sind aus anderen Gründen

50 Vgl. UNDP. Bericht über die menschliche Entwicklung. 2007. S. 232.

Die Caritas hilft Opfern von Aids und anderen Epidemien. Die Betroffenen werden zusätzlich zu ihrer Krankheit häufig auch noch verstoßen und allein gelassen.



Foto: Reiner Riedler

(mangelnde Bildung, soziale Kriterien, Abhängigkeitsverhältnisse) daran gehindert, ihre Interessen zu vertreten und die Gemeinschaft, in der sie leben, aktiv mitzugestalten.⁵¹

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind bedeutende Akteur/-innen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Entwicklungspolitisch tätige NGOs haben in den letzten zwei Jahrzehnten einen enormen Bedeutungsaufschwung erfahren, was sich unter anderem dadurch zeigt, dass die Anzahl der Organisationen enorm angestiegen ist, vermehrt Gelder über NGOs umgesetzt werden und Vertreter/-innen bei internationalen Konferenzen präsent sind.⁵²

Die Rollen, die NGOs in der internationalen EZA einnehmen können, sind geprägt von einer großen Vielfalt und Diversität. NGOs vertreten nicht die Gesellschaft als ganzes, sie haben im Gegensatz zu den meisten Regierungen auch kein demokratisch legitimes Mandat, keinen allgemeinen Wählerauftrag. Zivilgesellschaftliche Gruppen leisten einen enormen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt eines Landes, da sie Zugang zu marginalisierten Gruppen schaffen können, die nicht im Interesse oder in der Reichweite der Regierungen liegen. NGOs mobilisieren die Bevölkerung, für ihre Rechte einzutreten, sie beobachten als Watchdogs Geberpolitiken und -praktiken, sie bieten Dienstleistungen an und nehmen mit Pilotprojekten eine Vorreiterrolle ein, sie schaffen Bewusstsein in den reichen Ländern für die Lebenssituation der ärmsten Menschen der Welt und sie mobilisieren enorme Ressourcen für

51 Vgl. Kuhn. Zivilgesellschaft aus der Perspektive der Entwicklungsländer. 2003. S. 397.

52 Vgl. Rucht: Zivilgesellschaftliche Akteure und transnationale Politik. S. 371-390. In: Bauerkämpfer/Arnd (Hrsg.): Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich. 2003.

die Umsetzung von Hilfsprogrammen im globalen Süden.⁵³ Bei all diesen unterschiedlichen und vielfältigen Tätigkeitsbereichen ist es wesentlich, dass die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft gewahrt bleibt.

NGOs lukrieren ihre Mittel aus unterschiedlichen Quellen – private Spenden, öffentliche Gelder und in zunehmendem Maß auch Gelder von Wirtschaftsunternehmen, die aufgrund eines steigenden Corporate Social Responsibility-Ansatzes die Expertise und die Strukturen von international tätigen NGOs nutzen wollen. In Österreich wurden im Jahr 2006 von den zehn größten entwicklungspolitischen NGOs über 94 Mio. Euro an privaten Spendenmitteln aufgebracht.⁵⁴ Das ist schon sehr viel, doch es bräuchte einen zusätzlichen Anreiz für die Menschen in Österreich, sich weiter und mehr mit privaten Spenden zu engagieren. In Ländern wie Deutschland und der Schweiz – wo es die Spendenabsetzbarkeit bereits lange gibt – ist etwa die Spendenbereitschaft um etliches höher als in Österreich: Die Deutschen spenden 61 Euro pro Einwohner pro Jahr, die Schweizer/-innen 71, die Österreicher/-innen aber nur 37 Euro (Zahlen von 2005). Die Absetzbarkeit von Spenden für Entwicklungszusammenarbeit muss in Österreich endlich möglich werden.

Von der staatlichen Official Development Assistance wird ein geringer Prozentsatz über NGOs direkt umgesetzt: Im Schnitt werden lediglich 9% von den OECD-Ländern über NGOs abgewickelt, bei der Europäischen Kommission sind es lediglich 5%.⁵⁵ Das Budget der österreichischen EZA hat 2006 nur 3,77% für zivilgesellschaftliche Initiativen in Entwicklungsländern vorgesehen, das ist weniger als für Studienplatzkosten ausländischer Studierender an österreichischen Universitäten.⁵⁶ Im Zuge der Harmonisierungsbestrebungen sind öffentliche Geldgeber immer mehr bestrebt, die Mittel direkt als Budgethilfe über die Regierungen der Länder abwickeln zu lassen bzw. direkt über die NGOs aus dem Süden. Zivilgesellschaftliche Organisationen können durch ihren direkten Zugang zu den Menschen und durch ihre direkte Hilfe „von Gesicht zu Gesicht“ in vielen Bereichen einen sehr großen Erfolg erzielen. Dieses Mehrwerts sollten sich die Staaten auch bewusst sein. Vor diesem Hintergrund sind sie gut beraten, NGOs mit deren Expertise in der EZA viel stärker als bisher als Partner staatlicher Hilfe nutzen.

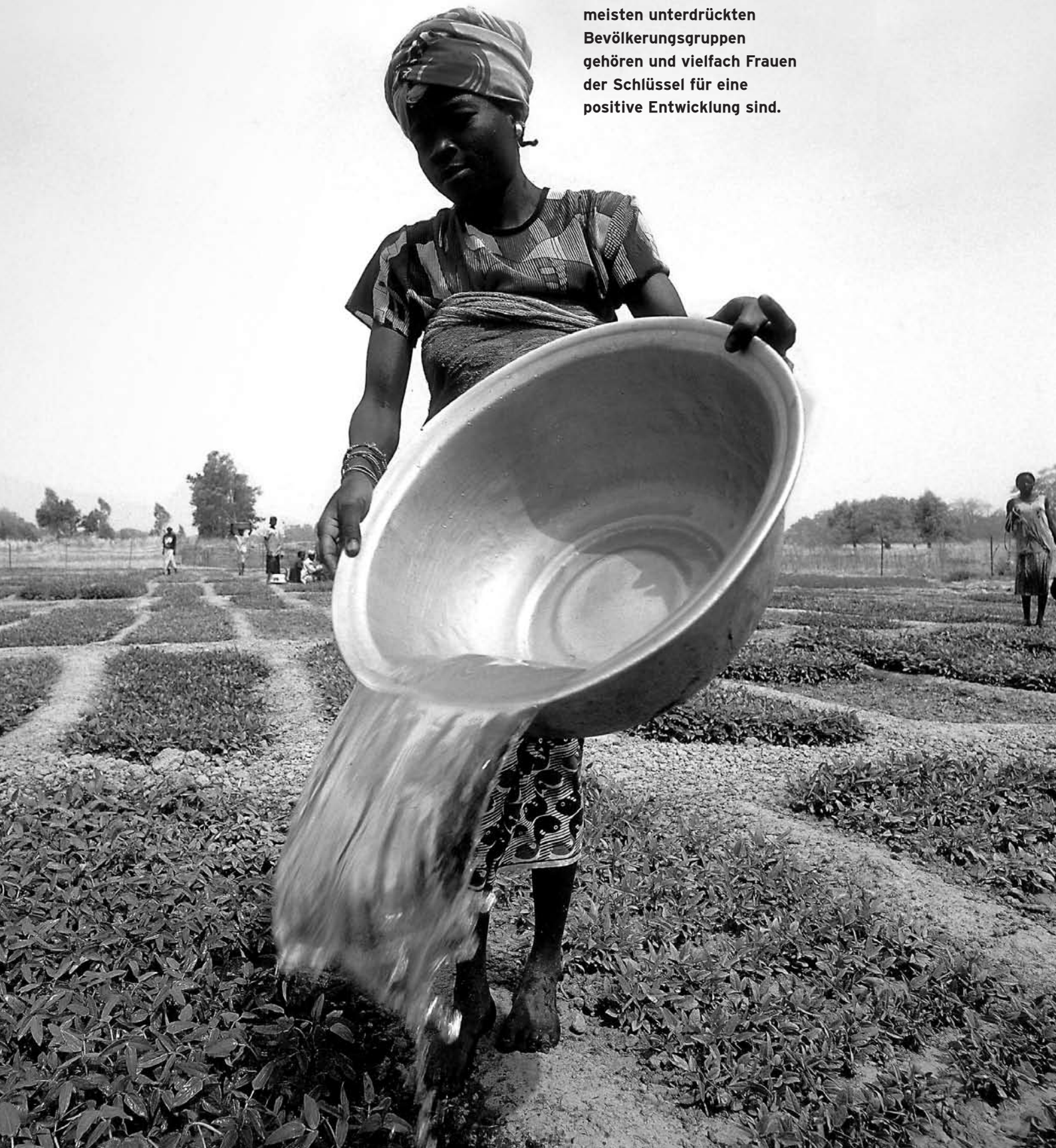
53 Vgl. Civil Society and Aid Effectiveness. A Synthesis of Advisory Group Regional consultations and Related Processes. Jänner 2008.

54 Vgl. ÖFSE: Österreichische Entwicklungspolitik 2006. Ausgabe 2007.

55 Vgl. OECD. European Community. Dac Peer Review. 2007. S. 74.

56 Vgl. OEZA Geschäftsbericht. 2007.

**Die Caritas unterstützt
Frauen in Not: Weil sie in
vielen Ländern zu den am
meisten unterdrückten
Bevölkerungsgruppen
gehören und vielfach Frauen
der Schlüssel für eine
positive Entwicklung sind.**



7. FINANZIERUNG VON ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

7.1. Das 0,7%-Ziel

1969 beauftragte die Weltbank den früheren kanadischen Premierminister Lester B. Pearson mit der Leitung einer Kommission, die die vergangenen 20 Jahre Entwicklungszusammenarbeit evaluieren und Empfehlungen für die Zukunft abgeben sollte. Im Schlussbericht „Partners in Development“ betonte Pearson die hohe Notwendigkeit, zusätzliche Mittel bereitzustellen und empfahl, dass mindestens 1 % des Bruttonationaleinkommens der Industrieländer in die sogenannten Entwicklungsländer fließen sollte – in Form von „Entwicklungshilfe“, anderen öffentlichen Kapitalflüssen oder Kapitalflüssen aus dem Privatsektor. Eine weitere Empfehlung des Pearson-Berichtes legte den Betrag der notwendigen Hilfe auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens fest.⁵⁷

Im Oktober 1970 einigten sich die UN-Mitgliedstaaten erstmals auf diese 0,7%-Marke: in einer Resolution wurde festgelegt, die öffentlichen Gelder „bis zur Mitte der Dekade zu erhöhen“ 1980 lag der Durchschnittswert aber bei lediglich 0,35 %, 1990 bei 0,34 % – der für die Entwicklung zu Verfügung gestellte Betrag war in Prozent seit 1960 nur um 0,01 % gestiegen. 2002, als der Prozentsatz auf 0,23 % gesunken war, bekannten sich die Mitgliedstaaten auf der entwicklungspolitischen Weltkonferenz in Monterrey erneut zum 0,7%-Zielwert.⁵⁸

7.2. Der EU-Stufenplan – die europäische Antwort auf die MDGs

Im Dezember 2005 unterzeichneten die EU-Mitgliedstaaten, die EU-Kommission und das europäische Parlament die neue Erklärung zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union, den „Europäischen Konsens“, der erstmals gemeinsame Prinzipien für die Entwicklungspolitik festlegte. Im Europäischen Konsens ist nochmals ausdrücklich hervorgehoben, wozu sich die Mitgliedsländer des Europäischen Rates im Mai 2005 verpflichtet hatten: die Erhöhung der bereitgestellten Mittel bis zum Jahr 2015 auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) und die Definition eines Stufenplans, um mit einer schrittweisen Anhebung der Mittel die „Nullkommaseben“ zu erreichen: als Zwischenziel wurde bis zum Jahr 2010 eine Anhebung der Mittel auf europaweit durchschnittlich 0,56 % des Bruttonationaleinkommens festgelegt, wobei für die „alten“ EU-Länder als Mindestmarke 0,51% und für jene EU-Länder, die erst nach 2002 der EU beigetreten waren, ein Zwischenziel von 0,17 % für 2010 und der Wert von 0,33 % für 2015 festgelegt wurde.⁵⁹

	2010	2015
Alte Mitgliedstaaten (EU-15)	Individualziel mind. 0,51 %	Individualziel mind. 0,7 %
Neue Mitgliedstaaten⁶⁰	Individualziel 0,17 %	Individualziel 0,33 %
EU gesamt (EU 25)	Kollektivziel 0,56 %	Kollektivziel 0,7 %

57 Vgl. www.unicef.org. 0.7% background. Abfrage 21.12.2007.

58 Vgl. Jeffrey Sachs, Millenniumsproject, 2005

59 Amtsblatt der Europ. Union, Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik, S. 46.

60 Anm.: Staaten, die nach 2002 und bis 2005 der EU beigetreten sind.

7.3 Die Bedeutung der öffentlichen EZA für die Entwicklungsfinanzierung

Öffentliche Entwicklungsleistungen sind nur ein Posten im Gesamtgefüge der Entwicklungsfinanzierung. Der Anteil der öffentlichen Official Development Assistance an den gesamten Kapitalzuflüssen in die sogenannten Entwicklungsländer ist in den vergangenen Jahren gesunken, und macht insgesamt etwa 15 % aus. Im Vergleich dazu sind kommerzielle Kredite, Eigenkapitalinvestitionen und Überweisungen von im Ausland arbeitenden Staatsbürger/-innen (remittances) gestiegen.⁶¹ Für viele Entwicklungsländer sind öffentliche EZA-Leistungen allerdings weiterhin eine wesentliche Quelle externer Kapitalzuflüsse. So machen sie für Burkina Faso, lt. UNDP-Bericht für Menschliche Entwicklung 2007 das zweitärmste Land der Welt, 13 % des Bruttoinlandsproduktes aus.⁶²

7.4. Die Regierungen liegen weit hinter ihren Versprechen

Folgende Tabelle zeigt, dass sich die Staaten, die seit 30 Jahren versprechen, 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, sich diesem Ziel in den vergangenen Jahrzehnten nicht einmal im Ansatz genähert haben:

Tabelle: Durchschnittlicher Anteil der Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen der Industrieländer

Jahr	ODA/BNE ⁶³
1960	0,33 %
1980	0,35 %
1990	0,34 %
2002	0,23 %
2005	0,33 %
2006	0,31 %
2007	0,28 %

Quelle: Millenniumsproject, 2005, www.oecd.org für Daten ab 2005

Derzeit liegt der durchschnittliche Anteil der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit der wichtigsten Industrieländer lediglich bei 0,28 % des Bruttonationaleinkommens. 2007 wurden nach vorläufigen Zahlen von jenen 22 Ländern, die Mitglied im OECD-Entwicklungshilfesausschuss sind, insgesamt 103,6 Mrd. USD⁶⁴ an öffentlicher EZA ausgegeben – das macht im Durchschnitt lediglich 0,28 % des Bruttonationaleinkommens dieser Länder aus. Obwohl sich die Länder zu einer schrittweisen Anhebung der Hilfsmittel verpflichtet hatten, ging die Hilfe im Vergleich zum Vorjahr um 8,4 % zurück. Nur fünf Länder, nämlich Schweden, Norwegen, die Niederlande, Luxemburg und Dänemark geben bereits jetzt mehr als 0,7 % des Bruttonationaleinkommens aus, die übrigen Länder liegen weit darunter.

61 OECD, Financing Development 2007, S. 13

62 OECD: Evaluation of General Budget Support - Burkina Faso Country Brief, 2006.

63 Anm.: Durchschnittlicher Prozentanteil der ODA am nationalen Bruttoeinkommen

64 www.oecd.org: OECD, Net Official Development Assistance in 2007. Preliminary Data for 2007

Brunnen sind ein lebenswichtiger Bestandteil in den Caritas Auslandshilfe-Programm zur Existenzsicherung.



Foto: Heidi Riepl

An letzter Stelle steht die USA mit nur 0,16 %.⁶⁵ Seit 2002 haben die Staaten die Mittel lediglich um jährlich durchschnittlich 5 % erhöht – wollen sie das für 2010 angestrebte Ziel erreichen, bedarf es jedoch einer jährlichen Steigerungsrate von 12 %.⁶⁶

Österreich wird Prognosen⁶⁷ zufolge das versprochene Ziel nicht einhalten und damit auch seinen Anteil zum Scheitern der Millennium-Entwicklungsziele beitragen. Die österreichischen EZA-Ausgaben betragen im Jahr 2007 etwas mehr als 1,313 Mrd. Euro oder 0,49 % des Bruttonationaleinkommens.⁶⁸ Seit 2005 konnte Österreich aufgrund der enormen Schuldenreduktionen für Länder wie den Irak, Nigeria und Kamerun zwar statistisch eine entsprechende Erhöhung melden, ab 2009 wird es voraussichtlich keine maßgeblichen Schuldenreduktionen und damit auch keinen Raum mehr für eine künstliche Aufblähung der Hilfe geben. Um das Ziel von 0,51 % bis 2010 zu erreichen, braucht es im österreichischen EZA-Budget deshalb 2009 voraussichtlich zwischen 500 und 850 Millionen zusätzliche Mittel. Wenn die Regierung dafür nicht zumindest jetzt endlich ernsthafte Schritte setzt, werden die fixen Zusagen leere Versprechen bleiben – auf Kosten Tausender hilfsbedürftiger Menschen in der ganzen Welt.

Die Austrian Development Agency wird als das Kompetenzzentrum der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit bezeichnet. Sie ist verantwortlich für die Umsetzung aller bilateralen Programme und Projekte in den OEZA-Partnerländern und verwaltet das Budget, das zur Durchführung der bilateralen Programme eingesetzt wird.⁶⁹ Der Anteil dieser für die Umsetzung der Programme zuständigen Agentur an den gesamten österreichischen EZA-Mitteln ist aber lächerlich niedrig und

⁶⁵ ebenda

⁶⁶ www.oecd.org/document/8/0,3343,en_2649_201185_40381960_1_1_1_1,00.html Debt relief is down. Other ODA rises slightly. Abfrage 17.6.2008

⁶⁷ Vgl. Concord. No times to waste: European governments behind schedule on aid quantity and quality. 2008

⁶⁸ ebenda

⁶⁹ Vgl. www.ada.gv.at

in den vergangenen Jahren sogar noch zurückgegangen – von 13,4 % im Jahr 2004 auf etwa 7 % im Jahr 2007.⁷⁰ Ein Großteil der österreichischen EZA-Ausgaben wird über andere Ministerien wie das Ministerium für Finanzen, das Bundesministerium für Wissenschaft und das Ministerium für Landesverteidigung abgewickelt.⁷¹

7.5. Zusätzliche Finanzierungsquellen

Die Finanztransaktionssteuer oder die Solidaritätsabgabe auf Flugtickets wären effektive Instrumente, um zusätzlich Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zu lukrieren – die Regierungen sind dringend aufgerufen, gemeinsam zu handeln und diese Möglichkeiten zu nutzen. Denn aus Sicht der Caritas wäre es nur gerecht, wenn jene, die am meisten von der weltweiten Globalisierung profitieren, einen entsprechenden Beitrag gegen die Armut in der Welt leisten würden.

Das Volumen der Finanztransaktionen, vor allem der Handel mit Derivativen, ist in den vergangenen Jahren weltweit enorm angestiegen, in Europa beträgt es beinahe das 90-fache des EU-Bruttoinlandsprodukts. Eine Bagatellsteuer von 0,01 % auf diese Transaktionen würde die internationalen Finanzmärkte stabilisieren und könnte Berechnungen zufolge EU-weit mindestens 35 Milliarden USD zusätzlich einbringen⁷² – Mittel, die zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele dringend gebraucht werden.

Eine Solidaritätsabgabe auf Flugtickets wird bereits jetzt in einigen Ländern wie Frankreich, Chile oder Mauritius eingehoben. Schätzungen zufolge könnten bei einer weltweiten Einführung der Kerosinsteuer – die den Preis von Flugtickets lediglich um ein paar Dollar anheben würde – zusätzliche 10 Milliarden USD aufgebracht werden.⁷³

70 Vgl. www.ada.gv.at. Evaluierung der Tätigkeit der Austrian Development Agency. 2008.

71 Vgl. OEZA-Bericht 2006. Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen in Zahlen. S.8.

72 Vgl. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung: A general financial transaction tax. 2008. S. 44-56

73 Vgl. Global Marshall Plan. A Project for Hope. S. 15.

8. WO UND WIE WIRD HILFE GELEISTET

8.1. UN-Erfassung der Länder

Weltweit leben heute rund 6,6 Milliarden Menschen⁷⁴ in 194 erfassten Ländern und Gebieten. Die UN teilen für die Erstellung des „Berichts über die Menschliche Entwicklung“ die Länder in drei globale Gruppen ein: 137 Entwicklungsländer, 30 OECD-Länder, 28 Staaten Mittel- und Osteuropas sowie GUS.⁷⁵

2001 wurde bei den Vereinten Nationen ein Büro eingerichtet, das sich speziell der Anliegen von drei besonders verwundbaren Ländergruppen unter den Entwicklungsländern annimmt: den Least Developed Countries, den Landlocked Developing Countries und den Small Island Developing Countries.⁷⁶

Als **Least Developed Countries (LDCs)** werden die 50 ärmsten Länder der Welt bezeichnet⁷⁷, für die folgende Kriterien gelten:

- Ein Pro-Kopf-Einkommen unter 750 USD
- Ein niedriger Human Assets Index (HAI), für den die Faktoren Ernährung, Gesundheit, Erziehung und Alphabetisierungsquote ausschlaggebend sind.
- Ein hoher Economic Vulnerability Index, der die Instabilität der landwirtschaftlichen Produktion und der Exporterlöse, die gesamtwirtschaftlichen Produktionsstruktur, wirtschaftliche Nachteile aufgrund der Bevölkerungsstruktur und den Anteil der durch Naturkatastrophen vertriebenen Bevölkerung miteinbezieht.⁷⁸

Weltweit gibt es 31 **Landlocked developing countries (LLCD)**⁷⁹, die sich durch einen fehlenden Meereszugang, ihren von den Weltmärkten isolierten Standort und hohe Transitkosten charakterisieren, z. B. Armenien, Äthiopien, Burkina Faso, Mali, Moldawien oder Ruanda. Paul Collier betont in seinem Buch „The bottom billion“, dass 38 % jener Menschen, die absolut arm sind, in diesen Binnenländern leben. Eine isolierte geographische Lage reduziere demnach das Wachstum in einem Land um ein halbes Prozent.⁸⁰ Auch die weltweit **38 Small Island Developing States (SIDC)** wie z. B. Kap Verde, Papua Neuguinea oder Haiti sind stark von externer Hilfe abhängig.⁸¹

8.2. UN-Index der menschlichen Entwicklung

Eine weitere Einteilung der Länder erfolgt nach dem UN-Index für menschliche Entwicklung, der sich auf Basis von drei grundlegenden Dimensionen errechnet⁸²:

74 Vgl. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: Datenreport 2007. S. 6. Anm.: Daten aus Mitte 2007.

75 Vgl. UNDP: Bericht über die menschl. Entwicklung 2006, S. 337.

76 Vgl. UN - OHRLLS: United Nations Office of the High Representative for the Least Developed Countries, Landlocked Developing Countries and Small Island Developing States.

77 Anm.: 34 liegen in Afrika, 15 in Asien/Pazifikregion und 1 in Lateinamerika.

78 Vgl. www.un.org. Criteria for the identification of the LDCs. Abfrage 1.8.2007.

79 Vgl. <http://www.un.org/special-rep/ohrlls>.

80 Vgl. Paul Collier: The bottom Billion. 2007. S. 55.

81 Vgl. <http://www.un.org/special-rep/ohrlls>.

82 UNDP, Bericht über die menschl. Entwicklung 2006, S. 339.

1. ein langes und gesundes Leben (Indikator: Lebenserwartung bei der Geburt),
2. Bildung (Indikatoren: Alphabetisierungsgrad bei Erwachsenen, Bruttoeinschulungsquote im Primär-, Sekundär- und Tertiärbildungsbereich),
3. angemessener Lebensstandard (Indikator: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bei Kaufkraftparität in USD).

Für das Jahr 2007 errechnete UNDP den Index für menschliche Entwicklung für 177 Länder, wobei 70 Staaten einen *high development index* aufweisen, 85 Staaten einen *medium development index* und 22 Länder einen *low development index*. Letztere liegen alle in Afrika südlich der Sahara.⁸³

8.3. Afrika und die Least Developed Countries

8.3.1. Internationale Zielsetzungen

Es gibt Vereinbarungen, die das notwendige Engagement der industrialisierten Länder eindeutig auf jene Gebiete fokussieren, in denen die akuteste Armut herrscht. Drei wesentliche zeigen ein eindeutiges Bestreben der Staatengemeinschaft, die Hilfsgelder auf Afrika südlich der Sahara und auf die ärmsten Länder der Welt zu konzentrieren bzw. die Hilfe dorthin zumindest zu erhöhen:

Die Millennium-Entwicklungsziele

Mit den Teilzielen 14 und 15 der Millennium Development Goals hat sich die Staatengemeinschaft im Jahr 2000 dazu bekannt, im Rahmen einer globalen Partnerschaft „den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung zu tragen“.

Der Europäische Konsens:

Im „Europäischen Konsens“, der eine Erhöhung der Mittel bis 2015 vorsieht, wird festgehalten, dass die Hälfte dieser Aufstockung für Afrika vorgesehen ist. Gleichzeitig wird aber betont, dass es ebenso wichtig ist, für die Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele Länder mit mittlerem Einkommen bei der Armutsbeseitigung zu unterstützen.⁸⁴ Damit wird die Schwerpunktsetzung für die ärmsten Länder auch gleichzeitig wieder relativiert, ein Überdenken der Gesamtanzahl der Empfängerländer wurde bisher scheinbar noch nicht in Angriff genommen.

G8-Gipfel von Gleanegles 2005

Der Bericht der Afrikakommission „Our Common Interest“, der als Input für die G8-Konferenz von Gleanegles diente, drängte auf eine Verdoppelung der Hilfe für Afrika südlich der Sahara.⁸⁵ Ausgehend von der OECD-Prognose, dass die gesamte Hilfe für die Entwicklungsländer bis 2010 um jährlich 50 Mrd USD steigen sollte, wurde am Gipfel beschlossen, dass von dieser Aufstockung jährlich 25 Mrd USD nach Afrika gehen sollen, was eine Verdoppelung im Vergleich zu 2004 ausmacht⁸⁶.

83 Vgl. UNDP, Bericht über die menschl. Entwicklung 2007, S. 229-232.

84 Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union: Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik. 2005. S. C 46/10.

85 Vgl. www.commissionforafrica.org.

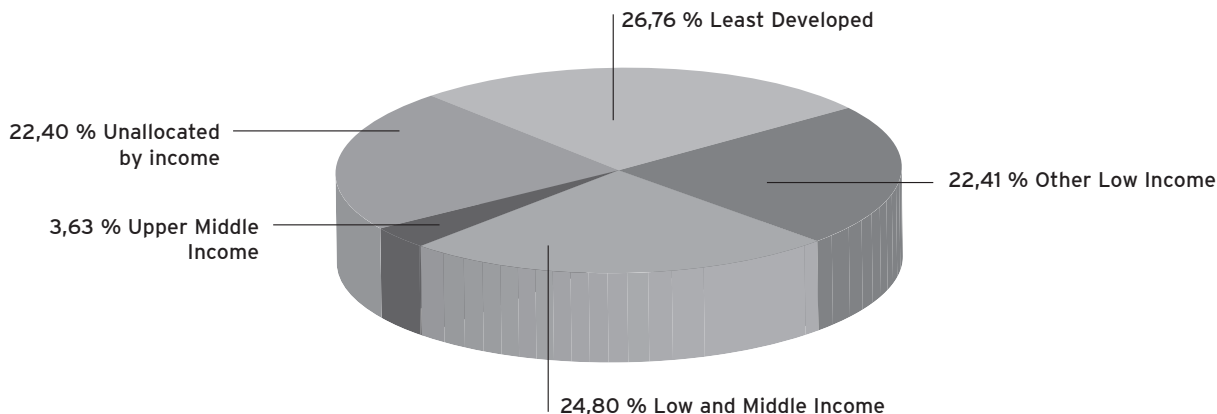
86 Vgl. G8 Gleanegles 2005: The Gleanegles Communiqué. S. 26.

8.3.2 Bestandsaufnahme: wo wird tatsächlich Hilfe geleistet

Derzeit erhalten die 50 ärmsten Länder der Welt ca. 27 % der weltweiten staatlichen EZA-Gelder⁸⁷:

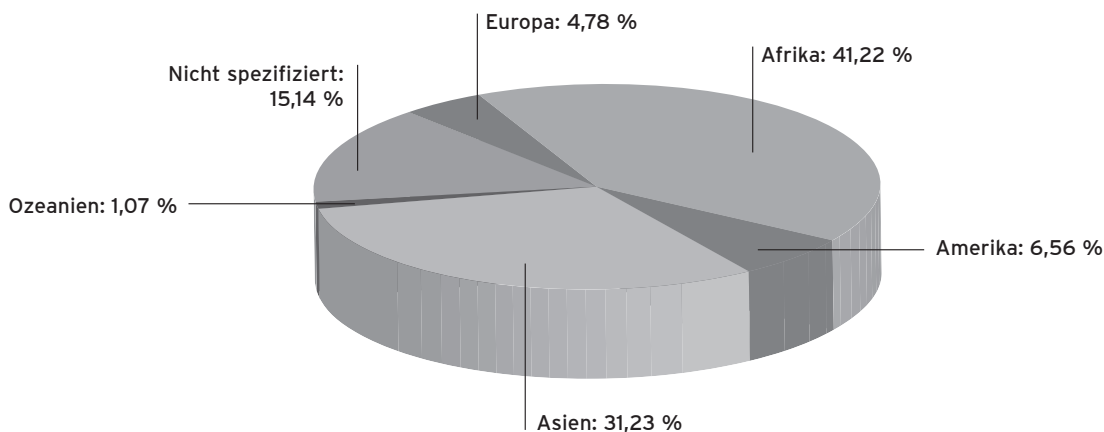
ODA nach Länderkategorien

Quelle: stats.oecd.org⁸⁸



ODA nach Regionen 2006

Quelle: stats.oecd.org⁸⁹



Der afrikanische Kontinent, auf dem sich 34 der ärmsten Länder der Welt befinden, steht bei allen Fördergebern an oberster Stelle. Doch dieses Bild trägt: rechnet man die Mittel für Entschuldungsinitiativen heraus, die in vielen Fällen keinen Geldfluss bewirken, stieg die Hilfe für Afrika südlich der Sahara im Jahr 2007 gerade einmal um 10 % an.⁹⁰ Wollen die Staaten bis 2010 ihre Hilfe für Afrika verdoppeln, braucht es jedoch wesentlich mehr an finanzieller Unterstützung.

⁸⁷ www.stats.oecd.org, „ODA by recipient by income“, Abfrage: 8.1.2008.

⁸⁸ ebenda

⁸⁹ www.stats.oecd.org, „ODA by recipient by region“. Abfrage 8.1.2008.

⁹⁰ www.oecd.org, press release 4.4.2008: Debt Relief is down: Other ODA rises slightly.

8.4. Ein Großteil der Hilfe bleibt in den „Geberländern“

Ein großer Teil der Hilfe für Afrika und für andere Regionen der Welt besteht nicht aus baren, verfügbaren Mitteln, die von den Partnerländern für Armutsbekämpfungsmaßnahmen eingesetzt werden könnten. Ein großer Teil der Hilfe betrifft lediglich Geldflüsse im Geberland – sei es die Betreuung von Asylwerbenden, die Universitätslehre für ausländische Studierende oder der Schuldenerlass aus Exportkrediten. Der von Concord, einem Zusammenschluss von NGOs aus 27 europäischen Ländern, erstellte Aid Watch Report über die Hilfe der EU-Staaten kritisiert die Einberechnung dieser Ausgaben als „aid inflation“⁹¹, als Aufblähung von Hilfe. Folgende Sektoren sind davon betroffen:

8.4.1 Betreuung von Asylwerbern

Laut OECD-Entwicklungshilfeausschuss dürfen Betreuungskosten für Flüchtlinge im ersten Jahr ihres Aufenthalts wie auch die Kosten für deren Rückkehr bei der Berechnung der Official Development Assistance (ODA) des jeweiligen Landes hinzugezogen werden.⁹² Der Posten „Asylwerber“ macht im österreichischen EZA-Budget 2008 beispielsweise 30 Millionen Euro aus.⁹³

Die Betreuung und Beratung von Asylwerbern ist eine Kernaufgabe der Caritas in Österreich. Sie beherbergt im Auftrag von Bund und Ländern Asylwerber/-innen in 37 Häusern und berät die Betroffenen in 39 Beratungsstellen. Die staatliche Unterstützung von Asylwerbern ist unbedingt notwendig, doch hat die Flüchtlingsbetreuung in Österreich nur einen sehr geringen Einfluss auf die Entwicklung in den Herkunftsländern der Asylwerbern. Deshalb sollte sie auch nicht als „Entwicklungshilfe“ deklariert werden. Es gibt EU-Länder, wie z. B. Großbritannien, die diese Kosten sehr wohl auch übernehmen, sie aber nicht als ODA-Mittel anrechnen lassen.⁹⁴

8.4.2 Indirekte Studienplatzkosten

Studienkosten, die im Geberland für Studierende aus Partnerländern anfallen, dürfen unter dem Posten „Technische Hilfe“ als offizielle EZA-Ausgaben deklariert werden. 2006 wurden in Österreich insgesamt 55,1 Millionen Euro indirekter Studienplatzkosten als öffentliche ODA angerechnet.⁹⁵ Mangel an qualifiziertem Personal und entsprechenden Ausbildungsstätten gehören tatsächlich zu den Hauptproblemen, mit denen die ärmsten Länder der Welt konfrontiert sind. Die Beseitigung dieser Probleme ist wesentlich für eine rasche und nachhaltige Entwicklung. Die Statistik zeigt, dass es aber nicht die ärmsten Länder sind, deren Studierende in den Genuss der österreichischen Förderungen kommen. Aus diesem Grund rangieren Länder mit mittlerem Einkommen (China, Türkei, Serbien und Bosnien-Herzegowina) im Jahr 2006 auch unter den Top 10 Empfängerländern der österreichischen EZA.

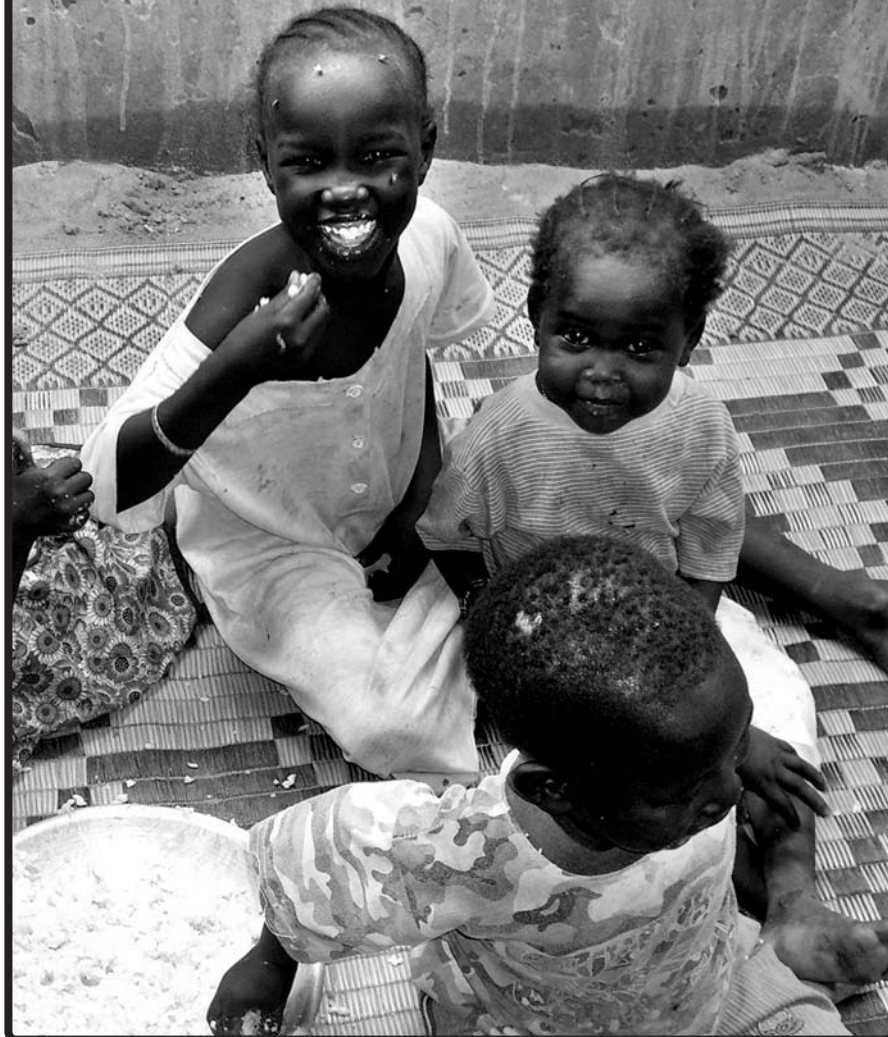
91 Vgl. Concord. No times to waste: European governments behind schedule on aid quantity and quality. 2008.

92 OECD, Is it ODA, Fact Sheet 2007

93 Bundesministerium für Finanzen: Beilage zum Budget 2007/2008, Entwicklungszusammenarbeit, S. 219.

94 Vgl. Concord. Hold the Applause: EU governments risk breaking aid promises. 2007.

95 Vgl. www.ada.gv.at. Evaluierung der Tätigkeit der Austrian Development Agency. 2008.



In den Ernährungszentren für Babys und Kleinkinder im Sudan kämpft die Caritas mit ihrer Partnerorganisation gegen den allgegenwärtigen Hunger.

Die Caritas sieht die Stärkung der Kapazitäten und Bildung in den Ländern des Südens als eine der Prioritäten zur Armutsbekämpfung: Diese Mittel sollen aber so gut wie möglich in den Ländern selbst für den Ausbau der dortigen Ausbildungsstätten verwendet werden.

8.4.3 Schuldenreduktionen

Einen enormen Posten der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen machten in den vergangenen Jahren die Schuldenreduktionen aus. Diese vermittelten damit den Eindruck, die Staaten würden sich ganz realistisch auf die versprochenen 0,51 % zubewegen. 2007 betrug die weltweite Hilfe 103,7 Mrd USD, davon beliefen sich die Schuldenreduktionen auf 8,7 Mrd USD, also 8,39 %.⁹⁶ Österreich ist unter den Spitzenreitern und hat 2007 insgesamt 671 Millionen oder 51 % der öffentlichen EZA-Leistungen für Entschuldung aufgewendet.⁹⁷

Um die Schuldenkrise in den 1990ern zu überwinden, bei der sich viele Länder mit der Tatsache konfrontiert sahen, dass die von ihnen aufzubringenden Zins- und Tilgungsraten einen immer höheren Anteil ihrer Exporteinnahmen beanspruchten und somit die wirtschaftliche Entwicklung behinderten und die sozialen Probleme verschärften, wurde von den Gläubigern, allen voran Weltbank und Internationaler Währungsfonds, 1996 die HIPC-Initiative und 2006 die Multilateral Debt Relief Initiative beschlossen. Hoch verschuldet ist demnach ein Land, dessen

⁹⁶ Vgl. www.oecd.org. Final ODA flows in 2006.

⁹⁷ Vgl. Concord. No times to waste: European governments behind schedule on aid quantity and quality. 2008.

Auslandsschulden mehr als 150 % der jährlichen Exporterlöse oder mehr als 250 % der Staatseinnahmen ausmachen. Im Rahmen dieser Initiative haben bisher 22⁹⁸ Länder einen Schuldenerlass erhalten, 8 Länder⁹⁹ haben sich bereits qualifiziert und 10 Länder¹⁰⁰ stehen auf der Warteliste. Ziel der Entschuldung ist, den Partnerländern ein tragfähiges Schuldenniveau zu ermöglichen, die Schulden sollten für die 31 bereits qualifizierten Länder von 105 Mrd USD vor dem Schuldenerlass auf ca. 9 Mrd USD nach den beiden Erlassinitiativen gesenkt werden.¹⁰¹

Ein Schuldenerlass für die hoch verschuldeten Länder ist unbedingt notwendig, damit diese eine Möglichkeit haben, ihre Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. Wo es möglich ist, sollen die frei gewordenen Gelder für Armutsbekämpfungsmaßnahmen bereitgestellt werden. Durch einen Schuldenerlass bekommen die ärmsten Länder der Welt erst die Möglichkeit, die Millennium-Entwicklungsziele wirklich zu erreichen. So haben zum Beispiel Uganda, Malawi, Benin und Tansania die Schulgebühren für den Grundschulbesuch abgeschafft, daraufhin hat sich z. B. in Tansania die Einschulungsrate verdoppelt.¹⁰² Über die Verwendung dieser Gelder müssen genauso Transparenz und Rechenschaftspflicht herrschen wie über die Verwendung der Mittel aus „direkten“ EZA-Ausgaben.

Freilich darf der Schuldenerlass nicht wie in der Vergangenheit mit den EZA-Mitteln aufgerechnet werden. Laut Monterrey Consensus, dem Ergebnis der entwicklungspolitischen Weltkonferenz in Monterrey (Mexiko) im Jahre 2002 müssen Entschuldungsmaßnahmen zusätzlich bereitgestellt werden und dürfen nicht zu Lasten anderer Maßnahmen der EZA gehen.¹⁰³ Dazu kommt noch, dass 30 % der Schulden der Entwicklungsländer aus Exportkrediten wohlhabender Industrienationen wie Österreich resultieren.¹⁰⁴ Dabei handelt es sich um Exportgarantien für Geschäfte, die nicht nach entwicklungspolitischen Vorgaben und nicht ausdrücklich zum Zweck der Armutsbekämpfung durchgeführt wurden. Die Schulden aus solchen Geschäften werden den bilateralen Schulden der Länder hinzugerechnet und dann über die ODA-Ausgaben wieder nachgelassen.

98 Benin, Bolivia, Burkina Faso, Cameroon, Ethiopia, Ghana, Guyana, Honduras, Madagascar, Malawi, Mali, Mauritania, Mozambique, Nicaragua, Niger, Rwanda, Sao Tome and Principe, Senegal, Sierra Leone, Tanzania, Uganda and Zambia.

99 Afghanistan, Burundi, Chad, the Democratic Republic of the Congo, the Republic of Congo, the Gambia, Guinea, Guinea-Bissau and Haiti.

100 Central African Republic, Comoros, Côte d'Ivoire, Eritrea, the Kyrgyz Republic, Liberia, Nepal, Somalia, Sudan and Togo.

101 IDA, IMF:HIPC and MDRI Initiative: Status of Implementation. August 2007. <http://siteresources.worldbank.org/INTDEBTDEPT/ProgressReports/21501008/HIPCProgressReport20070828.pdf>. Abfrage 20.11.2007.

102 Vgl. www.jubileeresearch.org/analysis/reports/reliefworks.pdf.

103 Vgl: UN. Monterrey Consensus on Financing for Development. 2002. S. 17.

104 Vgl. Breuss, Nonno: Illusu hat System. 2007. S. 19 zitiert nach Goldzimer Aran. FoodFirst (2003): Worse than the WorldBank.

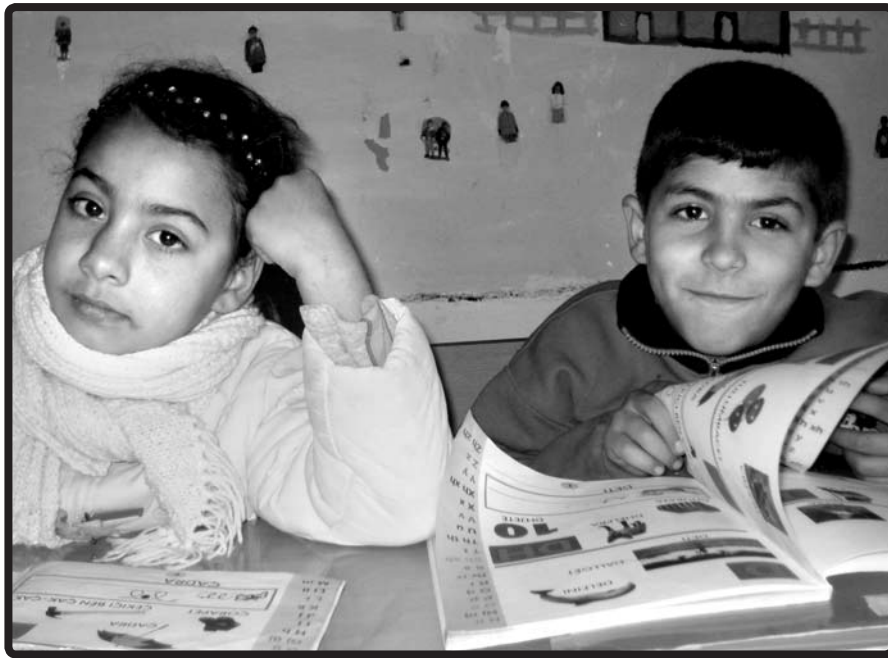
9. CARITAS-FORDERUNGEN

1. **Die Caritas fordert, dass die Regierungen endlich Wort halten und raschest möglich 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen.** Seit den 1970ern wird von der internationalen Staatengemeinschaft immer wieder das Versprechen abgegeben, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklung aufzuwenden. Bisher haben sich die Mitgliedsländer der OECD diesem Ziel noch nicht einmal angenähert – derzeit werden durchschnittlich gerade einmal 0,28 % des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben. Ausnahmen bilden Länder wie Schweden und die Niederlande, die den Zielwert bereits erreicht haben. Österreich meldet für 2007 1,313 Mrd. Euro öffentliche Entwicklungshilfeleistungen oder 0,49%-Anteil am BNE.

2. **Die Caritas fordert, dass Österreich entsprechend dem Beschluss im Europäischen Rat einen verbindlichen Stufenplan zur Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit festlegt und auch einhält und den versprochenen Beitrag zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele leistet.** Im Jahr 2005 haben sich die EU-Staaten auf die Erstellung eines Stufenplans geeinigt, nach dem die öffentlichen EZA-Leistungen in Österreich bis 2010 auf 0,51 % und bis 2015 auf 0,7 % angehoben werden müssen. Seit 2005 konnte Österreich aufgrund der hohen Schuldenreduktionen für Länder wie den Irak, Nigeria und Kamerun statistisch eine entsprechende Erhöhung der Hilfe melden. Ab 2009 wird es voraussichtlich keine maßgeblichen Schuldenreduktionen mehr geben. Um das Ziel von 0,51 % bis 2010 zu erreichen, braucht es im österreichischen EZA-Budget deshalb 2009 voraussichtlich zwischen 500 und 850 Millionen zusätzliche Mittel, um die Vorgaben des Stufenplans zu erreichen. Wenn die Regierung nicht zumindest rasch ernsthafte Schritte setzt, ist eine Einhaltung der gemachten Zusagen kaum noch möglich.

3. **Die Caritas fordert kurzfristig zumindest eine Verdoppelung des Budgets der Austrian Development Agency.** Die 2004 eingerichtete Austrian Development Agency (ADA) ist nach Eigendefinition das Kompetenzzentrum der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Sie ist verantwortlich für die Umsetzung aller bilateralen Programme und Projekte in den Partnerländern der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) und verwaltet das Budget, das zur Durchführung der bilateralen Programme der OEZA eingesetzt wird. Der Anteil der über die ADA abgewickelten Mittel an der gesamten OEZA macht 2007 lediglich 7 % aus und ist in den vergangenen Jahren sogar zurückgegangen. Da bleibt lediglich ein geradezu lächerlicher Anteil für gestaltbare und an die sich verändernden Bedürfnisse der Partnerländer adaptierbare Entwicklungszusammenarbeit.

4. **Die Caritas fordert, dass der Großteil der Mittel für Maßnahmen in den ärmsten Ländern der Welt bereitgestellt wird.** Das oberste Ziel der Caritas-Arbeit ist immer die Armutsbekämpfung. Die Notwendigkeit, Armut zu reduzieren, gibt es in allen Ländern der Welt. Aber es gibt weltweit 50 sogenannte Least Developed countries bzw. 22 Länder mit einem „low development index“. Diese Länder sind alleine nicht in der Lage, die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen. Die Staatengemeinschaft hat eine Verdoppelung der Hilfe für Afrika bis



Der Schulbesuch ist für Roma-Kinder aus den Elendsvierteln von Tirana der erste Schritt in eine bessere Zukunft.

2010 versprochen, konkret bedeutet das 25 Mrd USD pro Jahr mehr an Mitteln. Rechnet man die Mittel für Entschuldungsaktionen heraus, ist die Hilfe für Afrika im letzten Jahr aber nur gering angestiegen. Auch die OEZA weist unter den 10 Top-Empfängerländern nur zwei Least Developed Countries aus, nämlich Uganda und Äthiopien. Die südlichen OEZA-Schwerpunktländer bleiben im Vergleich zu jenen auf dem Balkan weit zurück, was das bereitgestellte Volumen betrifft.

5. **Die Caritas fordert, dass die Mittel, die als Official Development Assistance (ODA) deklariert werden, der Armutsbekämpfung in den Partnerländern zugute kommen müssen.** Eine Analyse des OEZA-Budgets zeigt, dass derzeit ein Großteil des Geldes nicht in Maßnahmen zur Armutsbekämpfung fließt, die in den Partnerländern selbst umgesetzt werden, sondern etwa in die Betreuung von Asylwerbern in Österreich, indirekte Studienplatzkosten für ausländische Studierende in Österreich, Schuldenreduktionen, zum Teil für uneinbringliche Forderungen österreichischer Unternehmen. Diese Maßnahmen haben nur bedingt Einfluss auf die Lebenssituation der Menschen in den ärmsten Ländern der Welt. Österreich ist unter den Spitzenreitern, was die Aufblähung der ODA-Zahlen anbelangt – die direkten Gelder für Entwicklungszusammenarbeit betragen lediglich 0,2 Prozent des BNE.¹⁰⁵
6. **Die Caritas fordert, dass die Betreuung von Flüchtlingen in Österreich nicht als EZA angerechnet wird.** Betreuungskosten für Flüchtlinge im ersten Jahr ihres Aufenthalts wie auch die Kosten für deren Rückkehr dürfen bei der Berechnung der EZA-Gelder des jeweiligen Landes hinzugezogen werden. Der Posten „Asylwerber“ macht im österreichischen EZA-Budget 2007 30 Millionen Euro aus. Die staatliche Unterstützung von Asylwerbern ist unbedingt notwendig, doch hat die Flüchtlingsbetreuung in Österreich keinen Einfluss auf die Entwicklung in den Herkunftsländern der Asylwerber. Deshalb

¹⁰⁵ Vgl. Concord. No times to waste: European governments behind schedule on aid quantity and quality. 2008

sollte sie – wie dies in anderen EU-Ländern wie z. B. Großbritannien der Fall ist – auch nicht als Entwicklungszusammenarbeit deklariert werden.

7. **Die Caritas fordert, dass indirekte Studienplatzkosten vor allem Studierenden aus den ärmsten Ländern der Welt zugute kommen bzw. dass die Mittel so gut wie möglich in den Ländern selbst für den Ausbau der dortigen Ausbildungsstätten verwendet werden.** Studienkosten, die im Geberland für Studierende aus Partnerländern anfallen, dürfen als offizielle Entwicklungshilfeausgaben deklariert werden. 2006 wurden in Österreich für indirekte Studienplatzkosten über 59 Millionen Euro ausgegeben, weit mehr als für zivilgesellschaftliche Initiativen im Ausland. Die Statistik zeigt, dass es aber nicht die ärmsten Länder sind, deren Studierende in den Genuss der österreichischen Förderungen kommen. Aus diesem Grund rangieren Länder mit mittlerem Einkommen (China, die Türkei, Serbien und Bosnien-Herzegowina) im Jahr 2006 auch unter den Top 10 Empfängerländern der österreichischen EZA.
8. **Die Caritas fordert, dass Mittel für Schuldenerlass entsprechend dem Monterrey Consensus zusätzlich zur öffentlichen EZA bereitgestellt und in den Ländern für Maßnahmen zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden.** Das Thema Schuldenerlass ist weiterhin aktuell. Derzeit profitieren 31 Staaten – ihr Schuldeniveau soll von 105 Mrd USD vor dem Schuldenerlass auf ca. 9 Mrd USD nach den beiden Erlassinitiativen gesenkt werden. Damit haben die betroffenen Staaten eine Möglichkeit, aktiv Maßnahmen zur Armutsbekämpfung durchzuführen wie z. B. in Tansania die Abschaffung von Schulgebühren. In Österreich macht der Schuldenerlass über die Hälfte der EZA-Mittel aus.
9. **Die Caritas fordert, dass in Österreich die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden für die EZA endlich möglich wird.** Österreich ist neben Finnland das einzige EU-Land, in dem Spenden für Entwicklungszusammenarbeit nicht von der Steuer abgesetzt werden. Spenderinnen und Spender aus Österreich zeigen enormes Engagement. Die 10 größten entwicklungspolitischen NGOs haben 2006 94,53 Millionen an privaten Spendengeldern aufgebracht. Das ist schon sehr viel, aber es braucht einen zusätzlichen Anreiz für die Menschen in Österreich, sich weiter und mehr mit privaten Spenden zu engagieren. In Ländern wie Deutschland und der Schweiz – wo es die Spendenabsetzbarkeit bereits lange gibt – ist etwa die Spendenbereitschaft um etliches höher als in Österreich: Die Deutschen spenden 61 Euro pro Einwohner/-in pro Jahr, die Schweizer/-innen 71, die Österreicher/-innen aber nur 37 Euro.
10. **Die Caritas fordert die tatsächliche budgetäre Dotierung des internationalen Katastrophenfonds der Bundesregierung mit 20 Millionen Euro und die Verwendung dieses Fonds auch für stille Krisen.** Die Caritas geht davon aus, dass durch den Klimawandel vermehrt Katastrophen wie Fluten und Dürre auftreten und die Lebensgrundlagen in den benachteiligten Ländern des Südens zerstören. Auf österreichischer Ebene muss die Bundesregierung ihren internationalen Katastrophenhilfefonds dotieren und auch für stille Katastrophen verwenden. Dieser Topf wurde im Jahr 2005 nach der Tsunami-Katastrophe eingerichtet, ist derzeit aber nur mit einem

symbolischen Betrag gefüllt. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass nur dann Mittel freigemacht werden, wenn Katastrophen eine hohe mediale Aufmerksamkeit nach sich ziehen.

- 11. Die Caritas fordert, dass mittelfristig mindestens 15-20 % des gesamten OEZA-Budgets für die Kofinanzierung von zivilgesellschaftlichen Initiativen bereitgestellt werden.** Die Caritas geht davon aus, dass ohne Zivilgesellschaft nachhaltige und umfassende Entwicklung nicht möglich ist. In vielen Bereichen kann Zivilgesellschaft durch ihren sehr direkten Zugang zu den Menschen und durch ihre sehr konkrete Hilfe einen großen Erfolg erzielen. 2006 hat die OEZA gerade einmal 3,77 % ihres Budgets, ca. 45 Millionen Euro, direkt über zivilgesellschaftliche Organisationen abgewickelt. Das ist weniger als die OEZA für ausländische Studierende an österreichischen Universitäten zur Verfügung stellt. Bei all den Effizienzsteigerungen und Harmonisierungsbestrebungen im Rahmen der Umsetzung der Pariser Erklärung müssen die Regierungen aus den staatlichen EZA-Mitteln ausreichend Mittel bereitstellen, um zivilgesellschaftliches Engagement in den ärmsten Ländern zu stärken und zu fördern.
- 12. Die Caritas fordert, dass v. a. auch fragile Staaten wie der Sudan oder die Demokratische Republik Kongo auf die OEZA-Schwerpunktländerliste gestellt werden.** Im Zuge der Umsetzung der Pariser Erklärung von 2005 kommt es zu neuen strategischen Ausrichtungen der Geberstaaten v. a. in Afrika südlich der Sahara. Auch der österreichische Staat ist dabei, seine EZA- Strategie zu überdenken und neue Schwerpunktländer zu definieren. Gerade in fragilen Staaten wie dem Sudan oder der Demokratischen Republik Kongo sind der Aufbau stabiler staatlicher Strukturen und die Stärkung der Zivilgesellschaft dringend notwendig.
- 13. Die Caritas fordert die Deklaration von Armutsbekämpfung als ausdrückliches Ziel der österreichischen Entwicklungsbank und die Erhöhung der geplanten Mittel für die ärmsten Länder der Welt auf mindestens 30 %.** Im Jahr 2007 wurde in Österreich die Einrichtung einer Entwicklungsbank beschlossen. Diese ist sicherlich eine Chance, dass an den „Brennpunkten der Armut“ privatwirtschaftliche Unternehmungen gefördert werden und damit ein weiteres Instrument für nachhaltige Entwicklung genutzt wird. Freilich birgt eine solche Institution auch die Gefahr in sich, dass sie mehr an einer Verbesserung der österreichischen Leistungsbilanz interessiert ist und eher Projekte fördert, die in österreichischem Interesse sind, als dass sie sich an Zielen und Prinzipien der Entwicklungspolitik orientiert. Im Sinne der Bekämpfung von Armut ist es der Caritas ein großes Anliegen, dass privatwirtschaftliche Investitionen vor allem in jenen Ländern des Südens gefördert werden, die besonders von Armut betroffen sind. Es sollen also vorrangig Least Developed und Low Income Countries zu Nutznießern der Aktivitäten einer österreichischen Entwicklungsbank werden. Derzeit sind lediglich 20 % der Kredite für diese Länder vorgesehen, der Großteil soll in „einfacheren“ Ländern wie den Balkanstaaten investiert werden.



